

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 24. Dezember 1901.

№ 149.

Achtung! Bestellungen auf das I. Qu. 1902 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

„Warum sind die Gehilfenvertreter auf den Staffeltarif eingegangen?“

(Offener Brief.)

Werte Kollegen!

Einem innern Drange folgend will ich heute, kurz vor dem Inkrafttreten der revidierten tariflichen Bestimmungen, im Corr. meine Ansichten niederlegen und klar die Gesichtspunkte hervorheben, welche für die Gehilfenvertreter bei den Beratungen in diesem Herbst ausschlaggebend waren. Denn ich erachte es für durchaus nötig und wichtig, daß jeder einzelne Kollege mehr und mehr in die Materie des Tarifes eindringt, weil es dadurch allein möglich sein wird, die kranken Ansichten — wie sie breitspurig in der Fach- und politischen Presse zu Tage treten — aufzuklären und auf das richtige Maß zurückzuführen.

Damit trete ich nicht etwa der Kritik entgegen, denn eine sachliche Kritik muß derjenige vertragen können, der für die Allgemeinheit wirkt und schafft; aber ich werde und will damit verlangen, daß die Gehilfenschaft objektiv prüft und ihr Urteil in eine Form kleidet, welche ihre Vertreter nicht verlezt!

Die Gehilfenvertreter, welche Jahr aus Jahr ein die Tarifarbeiten zu erledigen haben, sind als Vertrauensmänner der Allgemeinheit gewählt und können mit vollem Rechte verlangen, daß sie auch als solche respektiert werden! — so ist es wenigstens unter anständigen Menschen Sitte.

Was sind nun die Gründe, was ist der Kernpunkt der über das Ziel hinauschießenden Kritik?! — Dem einen ist das materiell Errungene zu gering, ein anderer sieht nur in Verkürzung der Arbeitszeit das Heil der Kollegen, ein dritter erblickt in dem Staffeltarife die Guillotine der älteren Kameraden oder stolpert über das an den Bundesrat und an das königl. preuß. Staatsministerium abgegangene Telegramm des Tarif-Ausschusses.

Kein einziger aber gibt sich die Mühe, keiner ist so gewissenhaft zu prüfen, ob es überhaupt möglich war, alle Gehilfenwünsche zu realisieren, keiner unterzieht sich der Arbeit, das Erreichte auf seinen wahren Wert zu schätzen!

Dem Herrn Kritikus genügt, daß seine Wünsche nicht in Erfüllung gegangen, um zu dem Schlusse zu kommen: die Gehilfenvertreter sind Verräter an der Arbeitersache, sie sind Harmoniebrecher, Bauchrutscher, mit einem Worte nicht „klassenbewußte“ Streiter für die Arbeiterinteressen, darum werft die Scheufale in die Wollschlucht.

Verehrte Kollegen, wenn damit der Allgemeinheit gedient wäre, wenn dadurch das Eldorado für die Arbeiter geschaffen werden könnte, dann ließe sich darüber reden; da ja die derzeitigen Vertreter meistens zu den bemoosten Häuptern zählen und sich vielleicht auch zu diesem Opfer bereithalten lassen würden; sicherlich aber würden sie lieber in gedachtem Sinne ihre Haut zu Markte tragen, als

sich vom ersten besten grund- und haltlos anrempeln zu lassen. Damit ist aber nichts zu erzielen, sondern wir müssen uns als vernünftige Menschen mit den bestehenden Verhältnissen abfinden und deshalb bitte ich Sie, nunmehr meinen weiteren Ausführungen zu folgen.

Im Jahre 1873 gelang es den Buchdruckern (was bis heute noch keinem andern Berufe gelungen) einen Tarif zu vereinbaren, welcher Gütigkeit für das ganze Deutsche Reich haben sollte. Ich sage **haben sollte**, weil dieser Tarif thatsächlich nur da anerkannt und bezahlt wurde, wo die Gehilfenschaft stark und einig genug war, um geschlossen für ihn einzutreten! Es waren dies die Gehilfen der großen und mittleren Druckorte, und auch in diesen Orten gelang es nicht einmal, alle Firmen zur Anerkennung des Tarifes zu bewegen, da die Zahl der indifferenten Gehilfen noch so groß war, daß das Eintreten für den Tarif vielfach gleichbedeutend war mit dem Aufgeben der ganzen Position. Es war also zwar ein Tarif vereinbart, die Durchführung desselben wurde aber den Gehilfen überlassen. Aus diesem Umstande heraus resultierten nun die vielen Kämpfe, welche die organisierten Gehilfen seit dem Jahre 1873 bis 1890/91 geführt haben, und weil diese Kämpfe lediglich auf Kosten der Gehilfen stattfanden, bildete sich bereits von Anfang an eine Gegnerschaft der Tarifvereinbarungen.

So natürlich nun auch die Entstehung dieser Gegnerschaft war, sie wurde trotzdem nicht von der Allgemeinheit getragen, da sie der logischen Begründung entbehrte, und nach meiner festen Ueberzeugung wird sich die Gesamtheit auch nie auf diesen Standpunkt stellen. Denn die „goldene“ Zeit, in welcher der Arbeiter allein über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu befinden hat, ist noch nicht angebrochen und ob einer von uns dieselbe erleben wird, erlaube ich mir zu bezweifeln.

Bis zu diesem Zeitpunkte muß deshalb der Weg der Vereinbarung innegehalten werden und daraus ergibt sich die logische Konsequenz, daß bei den Verhandlungen durch Abwägen des Für und Wider viele Wünsche der einzelnen Gruppen unberücksichtigt bleiben, weil der Partner sie nicht tragen will oder tragen kann; auch die Erwerbsverhältnisse der Prinzipalität sind durchaus verschieden gelagert und nicht über einen Kamm zu scheren. Auch das muß ich Ihnen einmal ausdrücklich erklären, trotzdem man sich im allgemeinen darüber hinwegsetzt.

Ich selbst war stets Verfechter der friedlichen Vereinbarung und habe mich dabei mit meiner Auffassung der Dinge immer in guter Gesellschaft befunden; denn es ist und bleibt unbestreitbar, daß ein Arbeitsverhältnis nur gedeihlich zu wirken vermag, wenn es beiden Teilen — also dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer — gebührend Rechnung trägt!

Dieses Ziel zu erreichen war auch der 1873er, also der erste deutsche Buchdruckertarif bereits bestrebt; der Tarif fand aber bei einer großen Zahl von Prinzipalen und Gehilfen noch nicht das richtige Verständnis und erst durch die von 1873 bis 1890/91 fortgesetzt geführten Kämpfe wurde bei beiden Teilen die Erkenntnis vorherrschend:

daß friedliche Vereinbarungen dem Berufe zum Segen gereichen, wenn beide Kontrahenten die Verpflichtung der Durchführung des Vereinbarten übernehmen; das heißt: daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur friedlich vereinbart werden sollen, sondern daß auch Prinzipale und Gehilfen vereint dafür Sorge tragen müssen, daß das Vereinbarte Gemeingut aller wird.

Von diesem durchaus richtigen Gedanken wurden die Tarifverhandlungen 1896 getragen und daraus muß jeder Kollege die Einsicht schöpfen, daß ein Tarif, welcher der Allgemeinheit dienen soll, nicht auf Berlin und Hamburg zugeschnitten werden kann, sondern eine Formierung besitzen muß, welche allen Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung trägt und von dem kein Prinzipal mit Recht behaupten kann: es ist mir unmöglich, diesen Tarif anzuerkennen! Der 1896er Tarif ist auf dieser Grundlage errichtet und auch der revidierte Tarif, welcher mit dem 1. Januar 1902 in Kraft tritt, ist unter dem Gesichtswinkel geschaffen, daß er Gemeingut werden kann, daß er Allgemeingut werden soll!

Hier liegt nun der Schwerpunkt. — Es muß sich jeder klar machen, daß ein allgemeiner Tarif naturgemäß auch Lücken aufweist, noch Positionen in sich birgt, mit denen man auch mit Recht unzufrieden sein kann! — Rügt da aber das Brummen und Spintisieren? Nein! — Durchaus nicht! — Will man bessern, will man etwas Ersprießliches schaffen, dann muß man kräftig Hand mit anlegen und dafür Sorge tragen, daß das Bestehende auch wirklich seinem Ziele zugeführt wird. Ist das erreicht, dann kann man bestehende Mängel beseitigen und auf dem sichern Fundamente weiter bauen. Mit solcher Arbeit — die freilich nicht angenehm ist und selten Bravo einbringt — wird für die Gehilfenschaft aber mehr erzielt als mit den die Gehilfenführer und -Vertreter beschimpfenden Tiraden!

Nach welchen Zielen streben nun die mit dem Tarife Unzufriedenen und aus was bestehen ihre Beweismittel?

Die Ziele haben die Herren klugerweise nicht begrenzt, dieselben wurzeln aber einzig und allein in der Unzufriedenheit (ob sie überhaupt je zu befriedigen sind, diese Frage lasse ich offen), das Hauptargument aber wendet sich lediglich gegen den Staffeltarif, mit der Betonung, daß durch die Staffellentlohnung die Existenz der älteren Gehilfen bedroht sei. Ich behaupte demgegenüber, daß diese These ganz haltlos und den tatsächlichen Verhältnissen überhaupt ins Gesicht schlägt! Ich behaupte weiter, daß die Staffellentlohnung in der Praxis überhaupt immer bestanden hat, trotzdem dieselbe nicht im Tarife niedergelegt war, und wenn Sie, verehrte Kollegen, in Ihren Arbeitsverhältnissen aufmerksam Anschau halten, dann werden Sie finden, daß die höheren Löhne nicht die jüngeren, sondern die älteren Kollegen — denen Praxis und Erfahrung zur Seite steht — erhalten, und wenn Sie diesen Satz nicht unzustößen vermögen, wenn Sie ihn vielmehr bestätigen und anerkennen müssen, dann müssen Sie mir auch zustimmen, wenn ich behaupte: der Staffeltarif lehnt sich

an die bereits bestehenden Verhältnisse an und ist deshalb geeignet, zur Verallgemeinerung des Tarifses beizutragen.

Und um dieses Ziel (die Verallgemeinerung des Tarifses) zu erreichen, um auch dem letzten Kollegen im Deutschen Reich den Tarif zu bringen, mußten die Gehilfenvertreter dem Staffeltarif zustimmen, denn eine allgemeine Erhöhung des Minimums anzunehmen, lehnte die Prinzipalität einstimmig als undurchführbar ab und um dem größten Teile der Gehilfen eine nennenswerte Lohnerhöhung zu bringen, um einen Abbruch der Verhandlungen zu verhüten, nahmen die Gehilfenvertreter den Staffeltarif und die fünfjährige Dauer des Tarifses an, da das eine ohne das andre nicht zu haben war! — Trotzdem alle Gehilfenvertreter grundsätzlich Gegner des Staffeltarifses waren, nahmen sie diese Verantwortung auf sich, da der Abbruch der Verhandlungen nur zum Nachteile der Gehilfenschaft ausgeschlagen wäre.

Das sind die Gründe, die zum Abschlusse des Tarifses geführt haben. Was seht die Gegnerschaft dem Logisches entgegen?!

Wenn nun die Gehilfenschaft bedauert, daß so wenig für uns herausgesprungen, daß die Teuerung immer mehr und mehr wächst und der Lohn damit nicht gleichen Schritt hält, so begreife ich das sehr wohl, denn ich lebe ja auch von dem, was ich am Kasten verdiene. Aber ich muß doch die Frage aufwerfen, wenn die Gehilfenvertreter in der Lage gewesen wären, alle 400 gestellten Anträge in den Tarif unterzubringen (es wäre dies eine ungefähre Lohnerhöhung von 50 Proz. gewesen), wer hätte diesen Tarif eingeführt, wer wäre für diesen Tarif eingetreten? Ich behaupte: Keiner!

Wir hätten einen Tarif auf dem Papier gehabt, von dem man hätte sagen können: „Auf dem Baum“, da hängt 'ne Pflaum', die möcht' ich gerne hab'n“, damit wäre aber niemand gebietend gewesen. Im Gegenteile, durch einen zu hochgepannten Tarif wäre wieder ein nennenswerter Rückgang der tarifstreuen Firmen eingetreten und — da es ja jederzeit auch rückgratlose Gehilfen gegeben, welche zu allen Bedingungen einen Unterschlupf suchen — so wäre damit der Schmutzkonkurrenz neues Terrain erschlossen, die allgemeine Lage aber wieder der Verjüngung in die Arme getrieben.

Das mußten die Gehilfenvertreter verhüten, das haben die Gehilfenvertreter verhütet, nach meiner festen Überzeugung zum Wohle des Gesamtberufes.

Daraus erwächst aber für alle Kollegen die unabweisbare Pflicht, daß sie ihre ganze Kraft einsetzen, um dem Tarife in allen Punkten und an allen Orten des Deutschen Reiches Geltung zu verschaffen; denn das so viel geschmähte Minimum — das Rückgrat der deutschen Buchdrucker — halte ich für so wertvoll, daß ich vor jedem Forum den Wunsch und die Behauptung auszusprechen mir erlaube:

„Ich wünschte, alle Arbeiter hätten solche Abmachungen wie die Buchdrucker, alle Arbeiter hätten ein Minimum, unter welchem sie nicht entlohnt werden dürfen, das wäre ein großes Glück und ein Segen für die Allgemeinheit“

und würde von Klassenbewußter gewerkschaftlicher Tätigkeit ein leuchtendes Zeugnis ablegen.

L. S. Wiesecke.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung.)

In Saalfeld hat zu Anfang November eine außerordentliche Generalversammlung des Senefelder-Bundes stattgefunden, die entgegen der wohl zur selben Zeit des Vorjahres ebendort abgehaltenen Einigungskonferenz für die Zukunft dadurch etwas Positives geschaffen hat, daß sie der von der Herbst-Güntterischen Richtung inszenierten Protestbewegung eine herbe Abschwärzung bereitet. Zwar ging es diesmal ohne den verhängnisvollen Händedruck ab, dafür aber wurde dem einzigen anwesenden Vertreter dieser Wiedermänner klar gemacht, daß der vorliegende Protest gegen die Urabstimmung betreffend die Gebietsabgrenzung zwischen Senefelder-Bund und Verein der Lithographen und Steindruckere oder den Kern der Sache besser kenn-

zeichnend, gegen den daraus resultierenden Uebergang der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung an die letztere als die maßgebende Organisation unserer Schwäger zweiter Linie ein durchaus unkollegiales Verhalten wie auch einen groben Verstoß gegen das demokratische Prinzip darstelle. Der Herr Vorsitzende der Lithographen-Sonderorganisation hatte gar noch beantragt, daß durch das beschlossene Falllassen der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung seitens des Bundes die hiergegen gestimmten haben Mitglieder nicht in ihren Rechten etwa geschädigt werden, daß also für diese Intriganten und Wirrköpfe trotz Urabstimmung die bezinneten Unterstützungszweige weiterbestehen bleiben sollen. Man sieht also auch hier die allen Sonderbündlern, Separatisten und Lokalistiken eigentümliche starke Neigung zum Bößwinn wieder in einer Weise ausgeprägt, die selbst den letzten Nachläufer dieser Spezies Menschen von diesen Spuren abgrenzen sollte. Die Generalversammlung des Senefelder-Bundes schloß durch glatte Abweisung auch dieses zweiten Antrages jene Leute nach Gebühr ein, den angeklagten Klagen derselben schaut man also mit wenig Beforgnis entgegen. Und das Fazit für die in Nürnberg — von dessen berühmten Trichter Herbst und Genossen anscheinend noch nichts gehört haben — stationierte Niederlassung neuzeitlicher Gewerkschaftler? Nachdem die vorjährige Einigung in Saalfeld zwischen Verein der Lithographen usw. und Lithographen-Sonderorganisation von letzterer trotz Handschlag später hintertrieben und die diesjährige Protestbewegung gegen die Gebietsabgrenzung so kläglich geendet, die überwiegende Mehrheit der Bundesmitglieder also damit ihre Abneigung gegen solche Treibereien bekundet hat, haben die Herren um Herbst und Günther jenen Punkt erreicht, den man im Volksmunde mit einer recht passenden Bezeichnung zu belegen pflegt. Die äußerst miserablen Finanzverhältnisse dieser Richtung werden hoffentlich das Ende beschleunigen. — Von den sonstigen Beschlüssen ist erwähnenswert die nach unserm Muster den Unterstützungen gegebene freiwillige Eigenschaft. Da aber selbst das Wörtchen „kann“ nach Ansicht etwelscher, in der Interpretationskunst besonders begabter Juristen Schwierigkeiten mit den Behörden nicht ausschließt, so wurde die Ermächtigung zu weiteren Venderungen im Statut im voraus erteilt. Die Einigung einer Reiseunterstützung wurde abgelehnt, die Altersgrenze, bis zu welcher der Eintritt erfolgen kann, von 40 auf 30 Jahre herabgesetzt. Der auf 50 Pfg. bemessene Beitrag braucht künftig von den Arbeitslosen nicht mehr entrichtet zu werden, bei Krankheiten bleibt jedoch diese Verpflichtung bestehen. Um in Arbeiterkreisen auch nicht gerade zu den Unmöglichkeiten zählen den Schiebungen, die oftmals moralisch und sachlich recht bedenkliche Elemente an die Oberfläche spülen, vorzubeugen, wurde hinsichtlich der angestellten Beamten beschlossen, daß deren Entlassung nur bei Untreue, Vertrauensbruch und grober Verletzung der Dienstpflicht ausgesprochen werden kann; der Kassierer wird unter denselben Kautelen übrigens auf Lebenszeit gewählt. Der Senefelder Bund zählt gegenwärtig 7970 Mitglieder in 99 Filialen, das Vermögen der Allgemeinen Unterstützungskasse wird auf 112225, das der Invalidenkasse auf 192817 Mk. angegeben. Der Unterstützungssatz für Witwen beträgt pro Tag 60 Pfg.

Die Organisation der Steinarbeiter strebt seit langem gesetzliche Bestimmungen zum Schutze dieser Arbeiterkategorie an, eine unter Mitwirkung von Richard Calver vor einem Jahre darüber veröffentlichte Denkschrift brachte bekanntlich ein überreiches Material für diese Forderung zu Tage. Daß sich solche Zustände nicht von selbst zum Bessern wenden, erhellt aus den in diesem Jahre bis zum 20. November gezählten 193 Todesfällen, von denen 123 auf Lungenerkrankheiten zurückzuführen sind. Es hat allerdings schon eine auf Veranlassung des Reichsamtes des Innern einberufene Konferenz stattgefunden, zu der Vertreter der Steinarbeiterorganisation offiziell zugelassen waren. Da auf Wunsch des Regierungsvertreters über die Verhandlungen dieser Konferenz nichts vorzeitig in die Öffentlichkeit dringen sollte, das Unternahmerorgan dieses Gewerbes nach einem halben Jahre aber nun mit diesbezüglichen Veröffentlichungen begonnen hat, die eine Vereitelung der zu erwartenden Schlußbestimmungen als gewollten Zweck deutlich erkennen lassen, so sehte für die Arbeiter jeder Grund, die seitherige Reserve weiter zu beobachten. Ihr ausführlicher Protest gegen die angebotenen Machenschaften, belegt mit beweiskräftigen Argumenten, wird hoffentlich seine Wirkung nicht verfehlen.

Die sächsischen Bergleute haben ihrem hinreichend als nicht arbeiterfreundlich bekannten Parlamente eine 19 Forderungen enthaltende Petition unterbreitet. Oberbort wird die achtstündige Schicht für alle unter und über Tage beschäftigten Bergarbeiter, jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren wie auch Frauen und Mädchen sollen überhaupt von jeder Beschäftigung ausgeschlossen sein. Der berühmte § 80 des Vergesetzes soll eine Fassung erhalten, die nicht mehr wie jetzt den Bergleuten jede Beteiligung an Lohnbewegungen mit schweren materiellen Schädigungen entgilt, wie an dem Urteile des Freiburger Berggerichtes in Sachen Rückzahlung der Pensionskassenbeiträge an abgelegte Bergleute wieder zu ersehen war. — Die seinerzeit erlassene Anordnung zur Ergreifung von Maßnahmen gegen die im Ruhrgebiete laufende Wurmkrautheit hat sich als völlig wirkungslos erwiesen. Waren im Jahre 1898 103 Fälle zur Entdeckung und Behandlung gelangt, so im Vorjahre 286. Erst wenn die Pohlenwucherer nicht mehr die als Lohndrücker so sehr begehrten Ungarn usw. in Masse importieren, kann eine wirkliche Bekämpfung dieser Seuche durchgeführt werden.

Die Töpfer sind mit ihrem ab 1. Oktober in Wirksamkeit getretenen Arbeitsnachweise nicht zufrieden. Eine derartige zentrale Institution hat ja anfänglich mit den gleichen Schwierigkeiten zu rechnen wie alle Einrichtungen dieser oder ähnlicher Art, mit der Zeit aber werden schon alle Funktionäre sich an diese neuen Pflichten gewöhnen und der immerhin umständliche Apparat wird dann besser klappen. In dem ersten Monate überstieg noch die Nachfrage nach Ofenhebern das Angebot.

Bei den Porzellanarbeitern hat abermals eine allgemeine Abstimmung stattgefunden, diesmal einen Antrag auf Erhöhung der Verbandsbeiträge betreffend, die mit erheblicher Mehrheit abgelehnt wurde.

Die Nachwehen des Glasarbeiter-Generalfreistritts machen sich noch immer in empfindlicher Weise bemerkbar. Die Zahl der Ausgesperrten will sich nicht merklich verändern, dagegen gehen die Leistungen der Arbeiterschaft rapid zurück. Es ist eben schier unmöglich, in der gegenwärtigen tristen Zeit noch besondere laufende Opfer für die Allgemeinheit zu erwünschen, jede einzelne Gewerkschaft hat jetzt ihre eignen Koppfschmerzen. Wir wollen nicht im Extremsten dazu aufmuntern, die Darbenden zu vergessen, im Gegenteile, aber einen Dolus von seiten der übrigen Gewerkschaften vermögen wir nun und nimmer in diesem Falle zu erblicken. Ende November waren noch 205 Verheiratete mit 539 Kindern und 67 Ledige ausgesperrt und zu unterstützen, an sich keine große Zahl, für eine vollständig leere Kasse jedoch ist jeder einzelne Mann eine unertragbare Last. Die Lehren dieses Streiks sind wahrlich zu hart, werden sie trotzdem aber künftig genügend beachtet werden?

Das Organ der Metallarbeiter brachte eine sehr instruktive Abhandlung über die Verhältnisse in der Metallindustrie Thüringens, welche dreiteilige Arbeit wir gern zum Gegenstande einer Besprechung gemacht hätten, wäre der zur Verfügung stehende Raum jetzt nicht gar zu beschränkt.

Der Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter unterbreitete seinen Mitgliedern den Entwurf eines vollständig revidierten Statuts zur Annahme mittels Urabstimmung. Dieser gewiß eigenartige, finanzieller Schwierigkeiten wegen aber begreifbare Modus wird in der Weise vorgenommen, daß an einem von der Zentralstelle bestimmten Termine Filialversammlungen stattfinden, zu denen jedesmal ein Vertreter des Hauptvorstandes erscheint, um die nötigen Erläuterungen zu geben; das Stimmrecht kann in diesen Versammlungen nur persönlich ausgeübt werden. Die bisherige Krankengeld-Zuschußliste wird in den Verband übergeführt, der dann für einen von 15 auf 25 Pfg. gesteigerten Beitrag Unterstützung bei Krankheiten, Unfällen, Invalidität, Todesfällen, Streiks, Aussperrungen und Maßnahmen, außerdem Rechtsschutz gewährt und die „Gewerkschaft“ als Verbandsorgan liefert. Es wird drei Unterstützungs- und demzufolge auch drei Beitragsklassen geben; in der ersten werden 25, in der zweiten 15 und in der dritten 10 Pfg. pro Woche verlangt. Klasse 2 und 3 haben keinen Anspruch auf verbandsseitige Kranken- und Sterbe-Unterstützung, in der ersten wird von der zweiten Krankenswoche an eine Unterstützung bis zum Gesamtbetrage von 40 Mk. gewährt. Die Aenderung des Verbandmittels durch Einschaltung der Staatsbetriebe entspricht einer durch die Verhältnisse der freien Hanssächsischen gebotenen Notwendigkeit. — Von der Maßregelung sächsischer Arbeiter auf den Berliner Gaswerten, die jedoch durch Einlenken der jedenfalls nur um einen Eklat besorgten Direktion noch glücklich abgewendet wurde, haben wir unter Rundschau berichtet. Es ist unbegreiflich, wie schwer unseren kommunalen und staatlichen Verwaltungen die Befolgung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen wird, die dem Arbeiter ein schwaches Einspruchsrecht sichern sollen; die Arbeiterausschüsse werden von den höheren und niederen Verwaltungsbürokraten vielmehr als quantität neglige betrachtet und das ist schon vielfach die Ursache zu Konflikten gewesen. — In Braunschweig gefallt sich ein sozialdemokratischer Stadtvorstand in wütender Bekriegung der zur Besprechung stehenden Organisation; mit allen Mitteln werde er den Verband der Gemeindearbeiter bekämpfen, war seine einem Hauptvorstandesvertreter gegenüber gemachte Erklärung: „Die Arbeiter brauchen nicht Duzende von Organisationen, ein einziger Gewerkschaftsverband müßte geschaffen werden, höchstens käme der Fabrikarbeiterverband für die städtischen Arbeiter in Frage“ (lautet die salomonische Weisheit dieses sonderbaren Heiligen, von dem leider nicht gesagt ist, weß Geistes Kind derselbe bezüglich seiner eignen werten Person ist. — Der als verständnisvoll und tüchtig bekannte Gewerkschaftsleiter und Redakteur Bruno Boersch hielt im Spätsommer dieses Jahres eine kleine Erbauung in der Sozialen Praxis über das vielbesprochene Kapitel „Der Arbeiter als Arbeitgeber“. Daß Boersch in diese trotz aller Beschönigungen fort und fort schwindende Wunde die Finger gerade von der zitierten Stelle aus legte, trug ihm manche zielbewußte Äußerung ein. Wenn Boersch in seiner Entgegnung auf diese Unwirth unter anderem noch betonte, er selbst habe von den Mitgliedern seiner Organisation noch nie eine solche unrühmliche Behandlung erfahren, so sollte er damit den Tag vor dem Abend gelobt haben. Die Gehaltsfrage Boersch's spielte nämlich seit einiger Zeit eine Rolle bei den städtischen Arbeitern verschiedener Orte, irren wir nicht, so ist sie durch die notwendig gewordene Anstellung eines weitem Beamten akut geworden. Was es aber mit den Einwendungen dieser „Neider“ auf sich hat, sieht man in dem angezogenen Falle bei einer

Beglaubigung mit den Arbeitern dieser Kategorie in Berlin. Die Betriebsarbeiter der Berliner Gaswerke erhalten z. B. im Winter 37,95 Mk. Wochenlohn, das Gehalt von Bösch beträgt auf die Woche ausgerechnet 38,46 Mark; er erhält also im Winter ganze 49 Pf., im Sommer 2,71 Mk. mehr pro Woche. Und nun die Arbeitsleistung mit einander verglichen, die fast vollständige Beanspruchung der freien Zeit eines Gewerkschaftsangeestellten durch alle möglichen und unmöglichen Verpflichtungen in Betracht gezogen!!! (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Bremen. Eine von etwa 250 Kollegen besuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung nahm am 8. Dezember Stellung zu dem Thema: „Der neue Tarif und seine Einführung“. Aus den Vren Delmenhorst, Oldenburg, Bant, Buxtehude, Emben, Geestemünde, Verden und Begeleit waren Vertreter zu dieser Versammlung erschienen, zu welcher der Gehilfenvertreter Klapproth das Referat übernommen hatte. Aus den 1 1/2 Stunden in Anspruch nehmenden, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten sei folgendes hervorgehoben: Redner gab zunächst einen Rückblick auf die Geschichte der früheren sowie der jetzigen Tarifgemeinschaft und betonte, daß von den früheren Begnern derselben jetzt neun Zehntel anderer Ansicht geworden seien. Bei Aufstellung der Forderungen zu den jetzigen Beratungen sei vielfach nach dem Grundsatz verfahren worden, recht viel zu fordern, um das, was man haben wolle, zu erreichen. Die Gehilfenvertreter hätten deshalb viele Urträge im voraus fallen lassen müssen, um eine Grundlage für die Verhandlungen zu gewinnen und die geeinigten Prinzipalitäten eine einheitliche Gehilfenschaft einzusetzen zu können. Die Gehilfenvertreter hätten zu erreichen versucht, was unter den heutigen Verhältnissen zu erreichen möglich war. Redner ging dann auf die einzelnen Abmachungen ein und betonte, daß mindestens 30000 Gehilfen vom 1. Januar ab die Einführung des Tarifes ohne Kampf erreichen würden. Sollten im Kreise I einzelne Städte in der Einführung zurückbleiben, so hätten wir doch die Macht, diese zur Reife zu bringen. Betreffs der Maschinenmeisterklausel, die nur eine Uebergangs-Bestimmung gewesen, käme in Betracht, daß die Prinzipale es ja leicht hätten, Ueberstunden machen zu lassen. Die Ueberstunden würden von den Druckern mit besonderer Vorliebe betrachtet und wäre es an der Zeit, daß die Maschinenmeister in ihren eignen Reihen dazu Stellung nehmen. Die Petitionen an den Bundesrat und die Behörden lägen bereits vor, und könnten wir erreichen, daß diese Stala überall durchgeführt werden müsse, so könnten wir uns vorläufig damit zufrieden geben. Wegen des Abschaffens des Berechnens an den Seksmaschinen sei für die Prinzipale die noch fortgesetzt vorzunehmenden technischen Veränderungen an den Maschinen maßgebend gewesen, wodurch eine tarifliche Festsetzung leicht verfallen würde. Von 816 Maschinenjehern hätten nur 83 berechnet. Wenn auch wegen der paritätischen Arbeitsnachweise zugegeben werden müsse, daß sie anfänglich nicht das leisten würden was sie sollen, so sei doch schon der Eingang der vielen verschiedenen Nachweise ein großer Vorteil. Wenn die Firma Schünemann durch den Arbeitsnachweis einen Gehilfen verlange, dürfe sie nicht mehr fragen, ob er der Prinzipalstufe angehöre; andernfalls müßte sie von der Liste der tariffreien Firmen gestrichen werden. Es wäre im Interesse einer regeren Agitation für Einführung des Tarifes wünschenswert, wenn mehr Schiedsgerichte errichtet würden. Im Gau Nordwest sei eine ganze Reihe von Städten noch nicht im Tarifverzeichnis zu finden, eine schöne Arbeit für den Gauvorstand, hier eine Beförderung herbeizuführen. Auch habe er (Redner) sich gewundert, daß von Emben aus kein Antrag auf Einführung eines Lokalausschlages gestellt worden sei; wenn irgendwo, so sei es dort bei den jetzigen Verhältnissen am Plage gewesen. Eine Petition sei schon fertiggestellt, in der die Provinzial- wie städtischen Behörden ersucht werden, ihre Arbeiten nur an tariffreie Firmen zu vergeben. Von Württemberg sei eine Anregung gekommen, an die Eisenbahnbehörden mit dem Ersuchen heranzutreten, den Arbeitslosen, die wegen Arbeitsmangel die Bahn benutzen, Fahrpreisermäßigung zu gewähren, und würde diese Anregung befolgt werden. Zum Schluß betonte Redner, daß das, was er erreicht ist, nicht erreicht worden wäre, wenn nicht der starke Verband dahinter gestanden hätte. Zwischen Weihnächten und Neujahr müßte jetzt in jeder Druckerei ein Vertrauensmann vorstellig werden wegen Anerkennung des neuen Tarifes und die Prinzipale, die nicht bewilligen wollen, hätten vorher ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft zu bewirken. Mit der Aufforderung an die dem Verband fernstehenden Kollegen, diesem beizutreten, denn: „Haben Sie den Nutzen, so zahlen Sie auch künftig für den Tarif!“ schloß der Redner. In der Diskussion kam zunächst der Gewerkschafter Waigandt zum Worte, der die üblichen „Kritiken“ an dem Referat ansah. Nicht die Tarifgemeinschaft, sondern die lange Dauer des Tarifes sei für die Gewerkschaft der Angriffspunkt. Im übrigen sei er (Redner), wenn ein gangbarer Weg zur Verständigung gezeigt werde, geneigt, den Sonderstandpunkt aufzugeben und in der Gewerkschaft für eine Einigung zu arbeiten. Kollege Rosenlehner als Vorsitzender der Versammlung wies den Redner darauf hin, daß alle, welche eine Einigung wünschten, sich an den Gauvorstand wenden müßten, dort würde ihnen kein Hinder-

nis in den Weg gelegt. Kollege Miller betonte, daß auch in jenen Kreisen eine bessere Einsicht Platzgegriffen habe; das hohe Lied der Tarifgemeinschaft sei auch in jenes Lager gedrungen. Unter den neun Zehntel Befürwortern befinde er sich auch. Es habe jeder das Recht, Einwürfe zu erheben, nur müsse er sich dem geschlossenen Ganzen unterordnen. Jeder Einzelne müsse dafür sorgen, seine persönlichen Ansichten den Interessen der Allgemeinheit anzupassen. Die Arbeiterschaft habe jetzt in der Krise ihre ganze Kraft einzusetzen, um das früher Errungene zu erhalten. Die schlechte Konjunktur könne vielleicht nur kurze Zeit andauern, aber dies sei nur Mutmaßung, ebenjogut könne der Ablauf des neugeschaffenen Tarifes in eine günstige Zeit fallen. Kollege Deist-Bant wird es nur mit Freunden begrüßen, wenn die Gewerkschafter allerorts nach der Erkenntnis Waigandts handeln würden. Gegen die Tarifgemeinschaft zu opponieren, hieße die Einigkeit zerstören. Auf eine Erwerbung des Gewerkschafters Waigandt, welcher zum Schluß einem Verhandeln von Organisation zu Organisation das Wort redete, entgegnete Kollege Rosenlehner, daß ein Verhandeln von Organisation zu Organisation nicht möglich wäre, vielmehr nur der angegebene Weg beschritten werden könne. Kollege Schulz-Delmenhorst kritisierte vor allen Dingen das Eingehen auf den Staffeltarif; er sei ein treues Verbandsmitglied, nehme aber für sich in Anspruch, seine Meinung sagen zu dürfen. Er sei der Verfasser der Delmenhorster Resolution und glaube, daß der Staffeltarif Uneinigkeit herbeiführen werde. Kollege Deist-Bant meinte, hätten die Delmenhorster geschwiegen, so wären sie weise geblieben. Der Staffeltarif habe seine Schattenseiten, er habe aber auch seine Lichtseiten. Die paritätischen Arbeitsnachweise würden die vermeintlichen Schäden des Staffeltarifes paralisieren. Kollege Rhein ging noch näher auf die Abmachungen ein und betonte, daß in Rücksicht auf die Verhältnisse die Errungenschaften bedeutend seien. Wer jetzt noch das anerkenne, was die Redaktion der Buchdrucker-Wacht geschrieben: „Unser Standpunkt bleibt der alte“, der habe die Lage nicht begriffen. Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen. Kollege Klapproth ging in seinem Schlußwort noch einmal auf die gemachten Einwendungen ein und schloß mit der Aufforderung, in Bremen die Einigkeit herbeizuführen. Kollege Helms-Geestemünde bedauerte, daß ihm als Vertreter einer größten Mitgliedschaft durch den Schlußantrag das Wort abgeschnitten sei; er hätte noch einige Anfragen zu stellen gehabt. Kollege Rosenlehner hielt den Schluß der Debatte trotzdem für wünschenswert, um nicht die Versammlung bei schwach besetztem Hause zu beendigen; Anfragen könnten ja noch beim nächsten Punkte gestellt werden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die am 8. Dezember im Zirkel stattfindende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung stimmt dem Referat des Kreisvertreter Klapproth-Hannover zu und verpflichtet sich, für den am 1. Januar 1902 einzuführenden Tarif voll und ganz einzutreten. — Nach Beantwortung einiger Anfragen seitens des Referenten und einem Besuche des Gewerkschafters Volke, noch einmal die Frage wegen Einigung der Gewerkschaft und Verband anzusprechen, worauf er vom Kollegen Rosenlehner an den Gauvorstand verwiesen wurde, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch, daß sich alle Kollegen dem Verbands anschließen möchten, und einem dreifachen Hoch auf den Verband die interessante Versammlung.

1. Bremen. Hauptversammlung vom 14. Dezember. Der Vorsitzende Rose teilte nach Eröffnung der ziemlich gut besuchten Versammlung mit, daß für die Weihnachtstfeier die Eintrittskarten im Umlauf seien und ersuchte die Kollegen, sich zahlreich daran zu beteiligen. Ausgenommen wurden unter Vorbehalt der Veröffentlichung im Corr. die Kollegen A. Hansen, Fr. Moll. Sodann wurde zum dritten Punkte, Vorstandswahl, geschritten. Bei Aufstellung der Kandidatenliste, wobei wieder viele Verzichtleistungen erfolgten, wurden folgende Kollegen vorgeschlagen: Fr. Rose, 1. Vorsitzender; 2. Vorsitzender: Schweinslein, Kampmeier; Kassierer: P. Döhn; 1. Schriftführer: Könnau; 2. Schriftführer: Chr. Schmidt, Knorn; Kassa-Verwalter: P. Ganschow. Die Wahlleitungs-Kommission besteht aus den Kollegen: C. Bohlmann, Richter, H. Meyer. Als Revisoren fungieren die Kollegen Stidann, Richter, Höfer, Koch, C. Bohlmann. Die Geschäfte der Bibliothek besorgen: Decker, Boos, Freundental, Fr. Bohlmann. Als Deputierte wurden bestimmt: Meiners, Unger, Köster, Knorn; Stellvertreter: Peterjen, Köhler. Als Berichterstatter für den Corr. wurde Bachhaus wiedergewählt. Der Beitrag bleibt auf der alten Höhe. Unter Verschiedenem wurde die Mehrbewilligung von 1 Mark an Konditionslohe bei der Weihnachtstfeier genehmigt. Zur Gründung einer Gauzusatzklasse, Aufsuchung von auswärts betreffend, wird sich eine der nächsten Versammlungen zu beschäftigen haben. Nach Erledigung einiger die Allgemeinheit nicht interessierende Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Hauptächlich mit dem „Berechnen im gewissen Gelde“ beschäftigte sich die zahlreich erschienene Mitgliedenschaft des Maschinenjehers-Klubs Breslau in ihrer letzten Monatsversammlung. Nach eingehender Erörterung über diesen Punkt wurde ein Schreiben des Zentralvorstandes verlesen, welches auf eine Anfrage über die im neuen Tarife für die im gewissen Gelde zu berechnenden Stundenleistungen eingegangen ist. In demselben wird u. a. gesagt, daß es die Maschinenjehere unbedingt bevorzugen müßten, den Prinzipalen die

Grundlagen für das Berechnen im gewissen Gelde zu bieten. Eine gewisse Grundlage haben die Maschinenjehere in der jetzt bestehenden Berechnungsweise) tarif- und darüber hinaus noch für jede Eventualität etwas schaffen müsse direkt beauftragt werden. Weiter heißt es, daß die Maschinenjehere-Klubs dahin zu wirken haben, daß auf Grund des jetzt bestehenden Berechnungsmodus unter Berücksichtigung der eingetretenen Erhöhung des gewissen Gelbes die Leistung der Bezahlung angepaßt wird. In der sich anschließenden langen Diskussion, bei der einige Uebelstände in dieser Angelegenheit zu Tage kamen, gab man sich der Hoffnung hin, daß auch in dieser Sache eine friedliche Vereinbarung zwischen Prinzipalen und Gehilfen eintreten werde. Den zweiten Punkt bildete das Schreiben des Berliner Maschinenjehervereins, wonach eine Vertretung im Tarif-Ausschusse wohl von Nutzen sein könnte; da der zu wählende Kollege aber mit den drei Systemen vertraut sein müßte und es wohl auch nicht gut angeht, aus jedem Tarifsystem einen Vertreter zu wählen, so wurde in anbeacht dessen, daß sowieso bei eventuellen Streitigkeiten oder Beratungen in Tariffachen Maschinenjehere-Experten zugezogen werden müßten, von dieser Sache vorläufig Abstand genommen und diesbezügliche Mittelung an den Berliner Verein beschloffen. Der dritte Punkt betraf die Anschaffung von Fachschriften, welchem Verlangen seitens der Mitglieder auch Rechnung getragen wird. Sämtlichen Beratungen und Besprechungen wohnte unser Gauvorsitzer Schlag, welcher einer Einladung Folge geleistet, bei.

Breslau. Am 1. Dezember hielt der Verein der Schriftgießer, Stereotypenre und Galvanoplastiker eine Mitgliederversammlung ab, bei welcher zunächst Kollege P. Schliebs eine Vorlesung über die Galvanoplastik hielt. Zum zweiten Punkte wurde ein Vortrag über Celluloidverfahren von Referenten Puff gehalten. Ein Antrag vom Vorstande betreffs Abhaltung eines Wintervergügens wurde angenommen und bestimmt, daß dasselbe im Februar nächsten Jahres stattfinden soll. Zugleich wurde mitgeteilt, daß die nächste Ordentliche Generalversammlung am 12. Januar n. J. stattfindet. Zum Schluß wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

E. Darmstadt. Die am 9. Dezember abends 9 Uhr im Gasthause zur Rosenhöhe einberufene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung wurde vom Bezirksvorsitzenden Hildebeutel mit dem Bebauern eröffnet, daß die Interessiertheit der hiesigen Kollegen sogar die für den 1. Dezember angelegte Versammlung illusorisch gemacht. Die Tagesordnung enthielt: 1. Bericht über die Kreis-Amts-Sitzung in Frankfurt a. M., 2. Aufstellung von Kandidaten zum Tarifschiedsgerichte, 3. Wahl einer Tarifkommission, 4. Wahl eines Arbeitsnachweis-Verwalters. Zum ersten Punkte gab Kollege Böhm ein überflüssiges Bild über die Verhandlungen der Kreis-Amts-Sitzung, dabei hervorhebend, daß sich die Vertreter der Gehilfenschaft dort alle Mühe gegeben haben, um den Prinzipalen nachzuweisen, daß die in Berlin festgesetzte 7 1/2-prozentige Lohnserhöhung bei weitem nicht denen in den letzten fünf Jahren eingetretenen Teuerungsverhältnissen gleichkomme, deshalb müsse vom geredeten Standpunkte aus eine Erhöhung des Lokalausschlages Platz greifen. Aber alles, was von Gehilfenseite ins Feld geführt wurde, brachte die Prinzipale von ihrem Standpunkte nicht ab, so daß die ganze Verhandlung über die Lokalausschlage als ein reines Handels- und Schachergeschäft betrachtet werden muß. Darmstadt hatte eine Erhöhung des Lokalausschlages auf 16 1/2 Proz. (bisher 8 1/2 Proz.) beantragt, ging sogar in Frankfurt auf 12 1/2 Proz. zurück und hat mit knapper Not 11 Proz. herausgeschlagen. Redner bemerkte noch zum Schluß, daß es jetzt an der Gehilfenschaft liege, dafür Sorge zu tragen, daß ihnen ab 1. Januar diese Erhöhung zu Gute komme, und erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Zum 2. Punkte gab der Vorsitzende Hildebeutel einen kurzen Rückblick über die Verhandlungen des Tarif-Schiedsgerichtes während der letzten fünf Jahre. Es sind dies 3 Fälle, welche speziell Maschinenmeister betreffen, und sind auch die Verhandlungen stets zu deren Gunsten ausgefallen. Alsdann wurden 11 Kandidaten aufgestellt (8 Seiger, 3 Maschinenmeister), wovon 5 als Beisitzer und 2 als Ersatzmänner zu wählen sind. Die Wahl selbst findet durch Urabstimmung in den Druckereien statt. Auch wurde zugleich eine Kommission gewählt, welche die Wahlarbeiten zu treffen hat. Zum 3. Punkte wurde eine siebengliedrige Kommission gewählt behufs Einführung eines Ueberwachungs Tarifes. Als Arbeitsnachweis-Verwalter wurde Kollege Oswald gewählt. Bei diesem Punkte entspann sich eine ziemlich lebhaftes Debatte, aus welcher hervorging, daß sich die Kollegen bei dem Ein- bzw. Austritte aus dem Arbeitsverhältnisse weder an noch abmelden und soll in Zukunft die Sache ernsthafter angefaßt werden. Nachdem Kollege Böhm noch auf die Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse aufmerksam gemacht, schloß der Vorsitzende die von 110 Kollegen besuchte Versammlung.

Darmstadt. Vor längerer Zeit wurde an dieser Stelle die Mitteilung gemacht, daß die Buchdrucker ihre Delegierten vom Gewerkschaftskartelle zurückgezogen hätten. Das nachfolgende diene den Kollegen zur Aufklärung. Nach wiederholten Auseinandersetzungen unserer Delegierten mit dem Kartelle und einer Aussprache mit dem Kartelle in der Ortsversammlung vom August 1900 wurden die Druckereien, die das Kartelle ohne weiteres von Anfang an in der Druckerei der Volkswacht (Organ der sozialdemokratischen Partei) in Bielefeld hatte her-

...nen, eine Zeit lang in den tarifreuen Druckereien
Amold hergestellt. Lange dauerte es ja nicht und
Kartell ließ die Druckfaden wieder in der Druckerei
der Bielefelder Volkswacht herstellen. Seitens der Dele-
gierten des Ortsvereins wurde ein Antrag im Kartelle
bei passender Gelegenheit eingebracht, dahin lautend:
Sämtliche Druckfaden des Kartells werden durch die
Detmolder tarifreuen Druckereien hergestellt. Darob
natürlich ein Sturm der Entrüstung. Ein Gegenantrag,
die Druckfaden so lange in Bielefeld herstellen zu lassen,
bis die hiesigen Zeitungen den Anforderungen des Kar-
tells genügen, wurde selbstverständlich angenommen. In
dieser Kartellitzung kam dann noch ein zweiter inter-
essanter Punkt zur Kenntnis unserer Delegierten. Das
Kartell hat nämlich vor langer Zeit beschlossen, daß ein
Mitglied des Arbeiterbildungsvereins an den Kartell-
itzungen mit beratender Stimme teilnehmen kann, un-
wie wir nachträglich erfahren haben, die beiderseitigen
Bergnügungen besser arrangieren zu können. Von den
früheren Delegierten war seiner Zeit dem Ortsvereine
von dem vorstehenden Beschlusse des Kartells keine Mit-
teilung geworden, sonst hätte der Ortsverein damals ganz
entschieden dagegen protestiert. Die Oberberufsammlung
des Ortsvereins beschloß nun auf Antrag eines der De-
legierten die Zurückziehung derselben vom Kartelle. Das
Gewerkschaftskartell beschloß in seiner nächsten Sitzung
laut Bericht in der Bielefelder Volkswacht bei Mitteilung
über den Austritt unsers Ortsvereins aus dem Kartelle
den Uebergang zur Tagesordnung. Wie recht wir ge-
handelt haben, uns von dem Kartelle auszuschließen, be-
stätigte uns ein Berichterstatter der Bielefelder Volkswacht,
indem derselbe schreibt: Wir erachten es als
selbstverständlich, daß Druckfaden für Arbeiterorgani-
sationen in ebenfalls tarifreuen Betriebsdrukereien
hergestellt werden, und wer das nicht begreifen kann
oder will, für den ist auch kein Platz in einem Ge-
werkschaftskartelle. In der Bielefelder Volkswacht erschienen
noch verschiedene Artikel, die den Austritt unsers Orts-
vereins aus dem Kartelle behandelten. Zum Teile waren
diese Artikel geschrieben als Entgegnung auf einen in
Gut Brand, dem Organe des Gewerkschafts der Ziegler
in Lippe, erschienenen Artikel, der den Austritt der Buch-
drucker aus dem Kartelle in objektiver Weise behandelte.
Die Artikel in der Volkswacht waren ohne Ausnahme
von persönlicher Gehässigkeit diktiert und haben es insolge-
dessen der Ortsverein bzw. die Beteiligten vorgezogen,
nur in einem Falle zu antworten. Es sei hier aber fest-
gestellt, daß es auf alle Fälle richtiger gewesen wäre, daß
eine öffentliche Presse in dieser Angelegenheit unter-
blieben wäre; vor allen Dingen konnte der Artikel in
Gut Brand unterbleiben. Viel Aufregung wäre erspart
und die Kollegenchaft hätte sich nicht gegenseitig verfeindet.
Die Angelegenheit ist nun so weit gediehen, daß sich
öffentliche Gewerkschaftsversammlungen damit befassen,
um natürlich die „harmoniebefestigen“ Buchdrucker ganz
gründlich zu verarbeiten und in der Detmolder Arbeiter-
schaft herabzusetzen. Jeder einsichtige Gewerkschaftler wird
natürlich uns voll und ganz zustimmen. Ueber die am
11. Dezember stattgefundene Versammlung berichtet die
Volkswacht in Bielefeld folgendes: „Beim zweiten Punkte
der Tagesordnung, Kartellangelegenheiten, wurde der
Konflikt der Buchdrucker mit dem Gewerkschaftskartelle er-
örtert. Dausicht gab ein kurzes Resümee über die An-
gelegenheit. Der Grund des Austrittes der Buchdrucker
aus dem Kartelle sei verursacht durch den Beschluß, Druck-
faden für das Kartell in der Volkswacht in Bielefeld
herstellen zu lassen. Dieser Beschluß sei die Folge der
Weigerung der Leipziger Landeszeitung gewesen, ein Re-
ferat über den Nordhäuser Tabakarbeiterstreik in ihren
Spalten aufzunehmen. Die genannte Zeitung habe die
Ablehnung des betreffenden Berichtes damit begründet,
daß die Angelegenheit kein allgemeines Interesse habe.
Der Beschluß, betreffend die Teilnahme eines Delegierten
des Arbeiterbildungsvereins an den Kartellitzungen, sei
seiner Zeit im Einverständnis mit den Buchdruckern ge-
faßt worden. Heute lehnten sich dieselben aber dagegen
auf, obwohl sie damals selbst die Zulassung eines Dele-
gierten des Arbeiterbildungsvereins für sehr nützlich,
z. B. bei der Arrangierung von Bergnügungen usw.,
bezeichnet hätten. Folgende Resolution fand einstimmige
Annahme: Die heutige Versammlung erklärt sich mit
dem Beschlusse des Gewerkschaftskartells einverstanden,
daß Druckarbeiten des Kartells nur in der Volkswacht
hergestellt werden. Ferner erklärt sich die Versammlung
auch damit einverstanden, daß ein Mitglied des Arbeiter-
bildungsvereins an den Sitzungen teilnimmt. Die in
vorerwähnten Artikel enthaltene Behauptung: Der Be-
schluß, betreffend die Teilnahme eines Mitgliedes des
Arbeiterbildungsvereins an den Kartellitzungen sei im
Einverständnis mit den Buchdruckern geschlossen, entspricht
nicht den Thatsachen. Der Ortsverein hat erst kürzlich
von dem obigen Beschlusse Kenntnis erhalten. In der
Volkswacht vom 6. Dezember findet sich folgende Notiz:
„pp. Detmold, 13. Dezbr. Von der öffentlichen Gewerks-
chaftsversammlung ist noch folgendes nachzutragen: Nach-
dem auf Antrag eine Sammlung für die ausgeperrten
Tabakarbeiter in Nordhausen veranstaltet worden war,
wurde — da die Buchdrucker sich damit entschuldigten,
daß der Kürze wegen eine Ortsversammlung, die darüber
entscheiden sollte, ob die Buchdrucker in der öffentlichen
Gewerkschaftsversammlung an der Besprechung der Streit-
frage teilnehmen sollten, nicht hätte stattfinden können —
beschlossen, die Streitfrage in einer späteren Gewerkschafts-
versammlung nochmals zu verhandeln.“ Nach der vor-

stehenden Notiz zu urteilen, ist dem Kartelle der Austritt
des „harmoniebefestigen“ Buchdrucker doch nicht so ganz
gleichgültig. Aber für den Ortsverein ist es ohne Belang,
ob noch eine Versammlung stattfindet oder nicht; für den-
selben ist die Angelegenheit vollständig erledigt.
-pp. Frankfurt a. M. (Mitgliederversammlung vom 10. Dezember im Gewerkschaftshause.) Vor Eintritt
in die Tagesordnung derselben wurde das Andenken des
verstorbenen Gießerkollegen Konrad Lederer durch Erheben
von den Eigen geleert wie auch des Todes des Buch-
druckerbesizers Eduard Osterrieth in ehrenden Worten
gedacht. Das Protokoll der vorigen Mitgliederversammlung
wurde nach einer kleinen Aenderung genehmigt,
wonach der betreffende Redner den Ausdruck, daß es von
wenig sozialpolitischem Verständnisse des Herrn Eugen
Mahlau zeuge, daß derselbe nicht energischer für eine Er-
höhung des hiesigen Lokalszuschlages eingetreten sei,
in diesem Sinne nicht gebraucht haben will. Anschließend
daran gab der Gehilfenvertreter der Versammlung be-
kannt, daß ihm Herr Mahlau persönlich mitgeteilt habe,
daß er seinen Leuten und speziell den Druckern weit über
Minimum zahle. Der in der vorigen Versammlung vor-
gebrachte Fall beziehe sich nur auf ein Neueingagement,
wo er den Betreffenden erst auf seine Tüchtigkeit prüfen
wolle. Unter geschäftlichen Mitteilungen gedachte der
Vorsitzende der Einführung des neuen Tarifes, die Ver-
trauensleute ersuchend, dafür zu sorgen, daß die dem-
nächst zur Verwendung gelangenden Zirkulare zwecks An-
erkennung des neuen Tarifes den Prinzipalen richtig zu-
gestellt werden. Anschließend gab der Gehilfenvertreter
bekannt, daß das Bericht kürzere, die hiesige „rühmlichst“
bekannte Firma Mahlau & Walschmidt habe ein Zir-
kular in Umlauf gesetzt, wonach sie keine Erhöhung der
Druckpreise eintreten lasse, aber auch den neuen Tarif
nicht anerkennen werde. Der Versammlung war davon
noch nichts bekannt. Hierauf wurden die Mitglieder an
den Bericht des Kaiserpanoramas mit ermäßigtem Ein-
trittspreise erinnert. Zum zweiten Punkte der Tages-
ordnung lag ein Antrag der Vertrauensleute vor, wonach
jedes Mitglied, das mehr als sechs Reize hat, sich nach einmaliger
erfolgloser Mahnung als ausgeschlossen zu betrachten
habe. In der ausgedehnten Debatte für und gegen den
Antrag war man der Ansicht, daß dies doch nur ein papierner
Beschluss bleiben würde, da es gar nicht möglich wäre,
denjenigen strikte durchzuführen; man müsse mit den Be-
hältnissen rechnen, da jeder nur zu oft von der allge-
meinen Regel abgegangen werden müsse. Um dem
Restantenunwesen zu steuern, sollten die Kollegen stets auf
den event. Verlust der Unterstützung hingewiesen werden.
Schließlich wurde der Antrag abgelehnt und ein anderer
angenommen, wonach ein Verzeichnis der Restanten nach
Quartalschluß herausgegeben werden soll. Eine längere
Debatte rief der Beschluß der Vertrauensleute hervor,
von einer Erwidrerung der bewussten Erklärung des Herrn
Mahlau abzusehen, da die Zeit schon zu weit vorgeschritten
sei und auch noch geraume Zeit vergehen würde, bis das
zu einer Erklärung notwendige statistische Material reif
zu einer Erwidrerung sei. Die Versammlung verwarf den
Beschluß der Vertrauensleute und hielt an dem der
letzten Mitgliederversammlung fest. Auch wurde noch be-
schlossen, alle Jahre eine Statistik aufzunehmen und zur
fachlichen Weiterbildung der Mitglieder sollen außer dem
jetzigen Abonnement von Fachschriften Kurse eingerichtet
und sachliche Vorträge gehalten werden. Mit der Vor-
bereitung derselben wurde eine siebenköpfige Kommission
beauftragt, bestehend aus den Kollegen Bornstessel, Wüder,
Fackelmeyer, Kempin, Kramer, Mauff und Tönnies.
Wie alljährlich, so wurden auch diesmal den Konditions-
losen am Orte, Durchreisenden und Inwaliden zum Wei-
nachtsfeste je 3 Mk. bewilligt. Meinungsverschiedenheiten
waren nur darüber vorhanden, ob es auch den Inwaliden
zugewendet werden soll, welche sich durch ihre Beschäftigung
und Unterstützung zum oder sogar über Minimum stehen,
also doch keine direkte Bedürftigkeit in diesem Falle vor-
liegen. Schließlich einigte man sich dahin, die Unter-
stützung dem Ermessen des Vorstandes zu überlassen. Unter
Verständnis führte ein Kollege gegen den Vorstand
Klage, weil derselbe ihm die Konditionslosen-Unter-
stützung entzogen habe. In der Diskussion stimmte jedoch
die Versammlung ohne Ausnahme dem Vorstande voll-
ständig zu, weil der betreffende Kollege keine Kondition
durch sogenanntes Blaumachen leichtfertig verfehrt, was
allen Kollegen, die es angehe, zur Warnung dienen solle.
Nach einer längeren persönlichen Polemik, welche für die
Allgemeinheit weiter kein Interesse hat, wurde die Ver-
sammlung geschlossen.
r. Geseftmünde = Bremerhaven = Vehr. Allge-
meine Buchdruckerversammlung am 11. Dezember.
Zum ersten Punkte der Tagesordnung erstattete der De-
legierte, Kollege Hentschel, einen kurzen Bericht über die
Verhandlungen des Kreis-Amtes in Hannover zur Fest-
setzung der Lokalszuschläge. Wenn auch dem Antrage der
hiesigen Gehilfenchaft nicht voll entsprochen wurde, so
empfehle er doch, sich mit dem Resultate zu begnügen, da
es ihm trotz großer Mühe nicht möglich war, mehr zu
erreichen. Seitens der Versammlung erfolgte kein Wider-
spruch. — Der zweite und wichtigste Punkt der Tages-
ordnung betraf den neuen Tarif und seine Einführung.
Die Bemühungen des hiesigen Vorstandes, unsern Tarif-
vertreter Klapproth-Hannover für ein Referat hierüber
zu gewinnen, waren leider erfolglos. Kollege Klapproth
bedauerte, bis zum nächsten Jahre keinen Tag dafür
mehr frei zu haben. Die hiesigen Buchdrucker mußten
somit auch diesmal wieder auf das Bergnügen ver-

zichten, ihren Tarifvertreter näher kennen zu lernen.
Statt seiner erklärte sich Kollege Müller-Bremen zu
einem Referate über obigen Punkt gern bereit. Kollege
Müller entlegte sich seiner Aufgabe vor den zahlreich er-
schienenen Zuhörern (fast sämtliche Verbandsmitglieder,
Gutenbergs-Bündler und ein Nichtmitglied hatten sich ein-
gefunden) in überaus geschickter, sachlicher und anziehen-
der Weise und führte sich durch sein Debit bei den
hiesigen Verbandsmitgliedern bestens ein. Aus der be-
wegten Diskussion ist besonders hervorzuheben, daß die
Gutenbergs-Bündler erklärten, für den revidierten Tarif
ebenfalls voll und ganz eintreten zu wollen, im übrigen
aber weiter treu zu ihrer Fahne zu halten, worin in ab-
sehbarer Zeit auch keine Aenderung eintreten werde. Der
Verband müsse sich erst bedeutend ändern (!), ehe sie die
Frage betreffs Uebertrittes zu demselben erwägen würden.
Für Uebereinstimmung in der ersten Debatte lag das vor
vielen Jahren aus dem Verbande entfernte Nichtmitglied.
Nach seinen bunten Ausführungen gebe es bereits so
viele Verbände, denen er sich ja jünger müsse, daß er sich
nicht auch noch dem Verbandsvorstande als einer weiteren
Behörde unterordnen könne. Er wolle in dieser Be-
ziehung wenigstens freibleiben und als ein freier Mann
weiterhinausgehen. Folgende Resolutionen fanden schließ-
lich einstimmige Annahme: 1. Die heute abend in Friedes-
Gasthause in Geseftmünde versammelten Buchdrucker der
Unterweserorte sind mit dem neuen Tarife einverstanden
und erklären, mit aller Entschiedenheit für die Einführung
desselben einzutreten. 2. Die Versammlung vertritt den
Standpunkt, daß der erhöhte Lokalszuschlag von 5 Proz.
auch für diejenigen Kollegen einzutreten hat, die bereits
höhere Entlohnung beziehen und beauftragt die Ver-
sammlung die Vertrauenspersonen, in dieser Weise bei
ihren Prinzipalen vorstellig zu werden. — Der Auf-
forderung des Vorsitzenden, dem Referenten für seinen
gediegenen Vortrag den Dank durch Erheben von den
Eigen auszudrücken, kamen sämtliche Verbändler nach.
Die Opponenten hatten verschiedentlich in seinen treffenden
und berechtigten Ausführungen ein Haar gefunden.
Mit ein paar kräftigen Worten des Vorsitzenden wurde
hierauf die Versammlung geschlossen.
Göttingen. Der Umstand, daß Kollege Klapproth-
Hannover ein Referat über die Tarifrevision halten
würde, war wohl die Veranlassung, daß die Bezirks-
versammlung vom 1. Dezember einen so guten Versuch
aufzuweisen hatte, wie nur wenige Versammlungen vorher.
Es waren rund 60 Personen anwesend, darunter die Kol-
legen aus Nordheim und Duderstadt vollzählig; auch
einige Nichtmitglieder waren auf erfolgte Einladung er-
schienen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden
und der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten ergriff
Kollege Klapproth das Wort, um in eineinhalbstündigen,
mit großem Interesse verfolgten Ausführungen ein klares
Bild über das Ergebnis der diesjährigen Tarifverhand-
lungen zu geben. Bei der ausführlichen Behandlung dieses
Stoffes von berufener Seite ist ein näheres Eingehen
überflüssig. Der Vorsitzende sprach dem Redner den
Dank der Versammlung aus und teilte sodann als Dele-
gierter zur Kreis-Amts-Sitzung in Hannover mit, daß die
Erhöhung des Lokalszuschlages für Göttingen von 5 auf
7 1/2 Proz. festgesetzt sei. — Nachstehende Resolution: Die
heutige Bezirksversammlung erklärt sich nach Entgegen-
nahme des Berichtes des Gehilfenvertreters Klapproth-
Hannover über die Verhandlungen des Tarif-Ausschusses
mit dem Ergebnisse dieser Verhandlungen einverstanden.
Sie spricht den Gehilfenvertretern für ihre mühevollen
Tätigkeit den besten Dank aus. Von den Herren Prin-
zipalen erwartet die Versammlung, daß sie den vom
Tarif-Ausschusse beschlossenen, an und für sich geringen
Erhöhungen des Tarifes zustimmen und den neuen Tarif
vom 1. Januar 1902 für ihre Druckereien zur Einführung
bringen wird, wurde einstimmig angenommen. Ein bei
der Firma Gust. Wurm (Göttinger Tageblatt) beschäftigter
Kollege entlegte sich eines ihm von seinem Prinzipale
erteilten Auftrages durch die Erklärung, daß genannte
Firma den neuen Tarif am 1. Januar voll und ganz
zur Einführung bringen werde; auch gegen die Zugehörig-
keit zum Verbande würden keine Einwendungen erhoben
werden. (Die Firma beschäftigte bisher fast nur Nicht-
verbändler, die Mehrzahl derselben war in der heutigen
Versammlung anwesend.) Nach einem Schlußworte des
Vorsitzenden, in welchem dieser alle Anwesenden aufforderte,
für den neuen Tarif einzutreten, um so die Durchführung
zu einer allgemeinen zu gestalten, wurde die Versamm-
lung mit einem Hoch auf den Verband, in welches alle
Anwesenden begeistert einstimmten, geschlossen.
Greiz. Am 15. Dezember fand hier im Fürstenteller
eine Allgemeine Buchdruckerversammlung statt,
welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Als
Referent war Kollege Conrad Eichler-Weipzig erschienen
und behandelte das Thema: „Der neue Tarif und seine
Einführung“ in ausführlicher Weise. Der Referent er-
läuterte zunächst die Meinungen der Prinzipale und Ge-
hilfen bei unseren Tarifberatungen und machte die Kollegen
auf die früheren Tarifentwürfe aufmerksam. Redner
kam dann auf den Staffeltarif zu sprechen und legte die
einzelnen Punkte in sehr sachgemäßer, deutlicher Weise dar.
Er erwähnte hierauf noch die Erklärung der sachlichen
und hannoverschen Prinzipale, welche verschiedene Punkte
im neuen Tarife abgeändert wissen wollen. Kollege Eichler
forderte dann die Kollegen auf, bei der Einführung des
neuen Tarifes hier recht einmütig zusammenzuhalten, da
wir nur auf diese Art etwas erzielen könnten, und empfahl
sodann den vier erschienenen Nichtmitgliedern, sich dem

Verbande anzuschließen. Redner schloß mit dem Wunsche daß die Buchdrucker auch in Zukunft die Pioniere der Arbeiter bleiben möchten. Hierauf wurde in eine kurze Debatte eingetreten und schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute, Sonntag den 15. Dezember, im Fürstenteller zu Greiz abgehaltene Allgemeine Buchdruckerversammlung dankt dem Referenten, Kollegen Conrad Eichler aus Leipzig, für seine Ausführungen und erkennt die Tarifabmachungen mit Rücksicht auf die augenblickliche ungünstige Konjunktur an. Die heutige Versammlung appelliert des fernern an alle Greizer Buchdruckergehilfen, den neuen Ertrungenschaften auf tariflichem Gebiete durch Einmütigkeit baldmöglichst Geltung zu verschaffen. — Nachdem der Referent in seinem Schlußworte noch die Greizer Kollegen auf die Mittel und Wege zur Einführung des neuen Tarifes aufmerksam gemacht hatte, brachte der Vorsitzende ein Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und auf das einmütige Zusammenwirken der Greizer Kollegen aus und schloß damit die Versammlung.

Halle a. S. Am 15. Dezember fand im Englischen Hofe hier selbst eine Allgemeine Versammlung statt, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt der neue Tarif und seine Einführung stand. Entsprechend der Wichtigkeit war auch der Besuch der Versammlung ein recht zahlreicher. Das Referat hatte der Kreisvertreter Böschke übernommen, welcher in längerer Ausführung auf die verschiedenen Abweichungen des neuen Tarifes von dem bisherigen hinwies und die Lohnsafa, unter Hinzurechnung der 10 Proz. Lohngzuschlag für Halle, veröffentlichte. Einer Mahnung an alle Kollegen, bei etwaigen Differenzen, welche durch die Forderung auf Anerkennung der neuen tariflichen Bestimmungen entstehen sollten, sich nicht zu überleiteten Schritten hinreizen zu lassen, sondern den für diesen Fall vorgesehenen Instanzenweg genau zu beachten, schloß sich ein warmer Appell an, überall, auch in jenen Druckereien, denen der Tarif bisher noch ein unbekannter Begriff war, einmütig für dessen Einführung einzutreten. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit dem Gesetzten durch die einstimmige Annahme nachstehender Resolution: Die am 15. Dezember tagende Allgemeine Buchdruckerversammlung verpricht mit allen Mitteln für die Einführung des am 1. Januar 1902 in Kraft tretenden revidierten Tarifes einzutreten. Des weitern erwartet die Versammlung, daß die hiesigen Prinzipale in loyaler Weise auch jenen Gehilfen eine prozentuale Lohnerhöhung zu teil werden lassen, welche in ihren bisherigen Lohnsätzen die sogenannte Höchstgrenze bereits überschritten haben, andernfalls würde das eine Entwertung der Arbeitskraft der betreffenden Gehilfen bedeuten. — Nachdem noch die Wahl einer Kommission vollzogen, welche die Einführung des neuen Tarifes von einseitlichen Gesichtspunkten aus zu leiten hat, und unter lauter Anerkennung der Versammlung mitgeteilt worden war, daß die beiden Firmen Kutschbach (General-Anzeiger) und Britschow die Anerkennung des neuen Tarifes bereits vollzogen, schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Solidarität der Halleischen Buchdrucker.

Hamburg. (Norddeutscher Maschinenfeger-Verein.) In der Versammlung am 8. Dezember wurde ein Kollege aufgenommen. Der Vorstand machte bekannt, daß das 2. Stiftungsfest und die Generalversammlung am 26. Januar stattfinden. Beschlossen wurde, daß die nächste Monatsversammlung der Generalversammlung wegen ausfallen soll. Hierauf wurde ein Schreiben des Berliner Maschinenfeger-Vereins verlesen, worin der Wunsch ausgesprochen wurde, daß es das Bestreben der deutschen Maschinenfeger-Vereine sein müsse, bei den nächsten Wahlen zum Tarif-Ausschuß eine Vertretung in denselben zu erlangen. Die Versammlung war zwar mit diesem Vorschlage einverstanden, ohne aber sich die damit verbundenen Schwierigkeiten zu versehen. Sodann kam die Antwort des Zentralvorstandes auf die Anfrage, betr. Aufstellung einer Norm, zur Verlesung. Das nähere Jhriliter sowie auch über die bereits der vorigen Versammlung vorgelegene Antwort des Tarif-Amtes in derselben Angelegenheit wird den Vereinen durch Zirkular mitgeteilt werden. Ferner wurde das erhöhte Maschinenfeger-Minimum nach dem neuen Tarife ab 1. Januar mitgeteilt sowie daß die durchgehende Arbeitszeit laut Entscheid des hiesigen Schiedsgerichtes 7 1/2 Stunden beträgt. Sodann wurde die Aufforderung an sämtliche Mitglieder gerichtet, rechtzeitig vorstellig zu werden, um eine allgemeine Erhöhung unserer jetzigen Löhne vom 1. Januar ab zu erreichen. Zur Entschädigung der auswärtigen Delegierten zur Generalversammlung beantragte der Vorstand die Bewilligung von 30 Mk. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Verhören wurde mitgeteilt, daß eine Vorrichtung am Typographen erfunden worden ist, durch die der Motor während des Setzens der Zeile ausgehalten wird, wodurch eine Ersparnis an Betriebskraft erzielt werden soll; die Ein- und Ausschaltung geschieht durch den Fuß.

Hamm i. W. Am 7. Dezember hielt der hiesige Ortsverein seine von 31 Mitgliedern besuchte Generalversammlung ab. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls, Verlesung eines Zirkulars des Gauvorstandes sowie Erledigung des Rassenberichts erfolgte die Aufnahme des Kollegen Kump. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht wies auf eine rege Tätigkeit des Vereins. Nach dem Berichte der Revisoren, welche die Kasse in musterhafter Ordnung bezeichneten, konnte dem Kassierer und Bibliothekar Dedrage erteilt werden. Alsdann fand die Wahl des Vorstandes und der Nebenposten statt.

(Siehe Verbandsnachrichten.) Die geplante Abhaltung einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung hielt die Versammlung vor den Feiertagen nicht für empfehlenswert, man wolle erst das Resultat der Tarifanerkennung abwarten. Von sechs in Betracht kommenden Druckereien sei voraussichtlich nur eine zu befristeten. Es ist dies die Firma Breer & Thiemann, welche auf ein vor längerer Zeit vom Personale eingereichtes Schreiben sich zu einer Antwort bis heute noch nicht entschließen konnte. Außer zwei Maschinensehern, welche unter Minimum entlohnt werden, herrschen tarifliche Zustände. Des weitern sei hiermit der neuen, zur Zeit 12 Verbandsmitglieder und 1 Nichtmitglied zählenden Druckerei von Reimann & Co. gedacht, welche sich ohne weiteres bereit erklärte, den Tarif anzuerkennen. Wir wünschen der Firma ein gutes Gedeihen. Zum Punkte Weihnachtsfeier wurde beschloffen, die Unterstützung wie bisher zu gewähren. Nach Erledigung einer internen Druckereiangelegenheit wurde die Versammlung nach einem kräftigen Appell an die Anwesenden, bei der jetzigen Bewegung sich als treue Mitglieder zu zeigen, mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

v. L. Heide i. Hoff. Gar mancher Leser wird sich wundern, unter Korrespondenzen auch einmal den Ort Heide zu finden. Schreiber dieser Zeilen wurde nun nicht etwa durch irgend eine Festlichkeit oder wohl gar durch Gründung eines Ortsvereins zum Schreiben veranlaßt, sondern um die Zustände in der tariftreuen Druckerei des Heider Anzeigers (Sophie Keller vorm. R. Ebel Witwe) ein wenig zu beleuchten und die Kollegen vor Konditionsangeboten der betr. Druckerei zu warnen. Diese Firma beschäftigt 11 Maschinenfeger, 5 Seher und 11 Maschinenmeister. Am 30. November waren die Gehilfen nicht wenig überrascht, als sie auf den Lohncouverts die inhaltsschweren Worte lasen: „Von nächster Woche an erhalten Sie 2 Mk. weniger.“ Man war um so mehr überrascht, als gerade jetzt zum 1. Januar auf Zulage gerechnet wurde. Eine Rücksprache mit der Geschäftsleitung ergab ein negatives Resultat und am 7. Dezember wurde denn auch wirklich der Abzug bei 3 Sehern und dem Maschinenmeister (3 Verbandsmitglieder), von denen 2 bereits 8 resp. 10 Jahre im Geschäft tätig sind, vollzogen. Nach abermaliger Rücksprache mit Herrn Keller wurde uns die traurige Antwort zu teil: „Meine Frau weigert sich entschieden, den Lohn zu zahlen.“ Schreiber dieses möchte nun den Kollegen aus Herz legen, bei Konditionsangeboten des Heider Anzeigers ja vorsichtig zu sein, da wohl Herr Keller die Gehilfen engagiert und gute Löhne mit denselben vereinbart, Frau Keller als Chef sich aber entschieden weigert, diese Löhne zu bezahlen.

Kassel. (Witwenkasse für den Gau Frankfurt-Hesseln.) Nachstehend bringen wir den verehrlichen Mitgliedern den Kassenabluß vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901 zur gefl. Kenntnisnahme. Bemerken wollen wir hierbei, daß die Veröffentlichung umständehalber sich um einige Zeit verspätet hat, welches wir zu entschuldigen bitten. Unterlassen wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht, alle dem Institute noch fernstehenden Kollegen recht dringend aufzufordern, der Kasse, die eine Lücke in unser Organisation ausfüllen soll, beizutreten. Seit dem kurzen Bestehen der Kasse hat schon manches derselben angehörende Mitglied resp. die Witwe eines solchen die Wohlthaten unsers Instituts verspürt. Möge daher jeder Kollege im Gau Frankfurt-Hesseln den geringen Beitrag von 15 Pf. nicht scheuen und die ihnen in dieser Beziehung vorangegangenen jetzigen Streiter des Unternehmens durch ihren Beitritt zu dem Institute als Mitkämpfer für eine edle und gute Sache mit ihren Kräften unterstützen. Der Lohn wird nicht ausbleiben! Die Kasse gewährt nach fünfjähriger Karenzzeit beim Ableben eines Mitgliedes an dessen Witwe eine jährliche Pension von 100 Mark. Beim Tode einer Ehefrau erhält der überlebende Gatte 50 Mk. Begräbnisgeld. — Die Leistungen, welche das Institut bei dem geringen Beitrage bietet, sprechen gewiß schon allein dafür, daß eigentlich wohl schon längst jeder warmfühlende Kollege aus seiner Nächstenliebe seinen Beitritt ermöglichen möchte. Wir fordern darum nochmals recht dringend auf, den Mahnungen des Hauptvorstandes zu Kassel sowie den verschiedentlichen Aufforderungen der Herren Bezirksvorsitzenden von Marburg, Gießen, Frankfurt a. M. und Offenbach a. M. nun endlich Gehör zu schenken, daß die Kollegen sich auch dahin solidarisch erweisen, Kollegen beim Tode ihrer Ehefrau oder die Witwe eines Kollegen zu unterstützen. Jedwede beliebte Auskunft erteilen die Herren Bezirkskassierer der Kasse, der Vorsitzende F. Schnaf-Kassel, Leipzigerstr. 30, und der Hauptkassierer K. Knab-Bettenhausen bei Kassel (Restaurant zum Bahnhofe Bettenhausen). Statuten usw. übermitteln der Schriftführer R. Bellmete-Kassel, Wolfbäckerstraße 20. Wir lassen nunmehr den Kassenabluß vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901 folgen: Einnahme einschließlich der Zinsen 2570,10 Mk.; Ausgaben: Sterbegeld an 4 Mitglieder für deren Ehefrauen, à 30 Mk., 120 Mk.; Unterstützungen an 5 Witwen 164,28 Mk.; Ausgaben für Porti, Statuten, Zirkulare 84,78 Mk.; Remuneration für den Kassierer (1. und 2. Jahr) 40 Mk. Summa der Ausgaben 409,06 Mk. Bestand am 30. Juni 1901 4515,21 Mk. Mitgliederstand 330, gestorben 3 männliche, 4 weibliche, abgereist 30.

Königsberg i. Pr. In der am 1. Dezember abgehaltenen Versammlung des Maschinenfegervereins für Ostdeutschland wurden zunächst einige Neuaufnahmen erledigt. Vorausgesetzt sei, daß die Provinzkollegen der neuen Vereinigung gegenüber sich immer noch passiv verhalten haben. — Dem Berliner Antrage, zu den nächsten

Tarif-Ausschüßwahlen eine Vertretung der Maschinenfeger zu wählen, wurde beigetreten. Der Vorsitzende machte unter Geschäftlichem noch bekannt, daß die tarifmäßige Arbeitszeit in den in Betracht kommenden Geschäften durchweg eingehalten sei. — Zum Punkte Tarifliches führte der Vorsitzende aus, daß die seinerzeit entsandten Experten in unserer Angelegenheit nicht anders handeln konnten als dies geschehen ist und gab der Hoffnung Ausdruck, daß am 1. Januar nächsten Jahres zur Einführung des neuen Tarifes jedermann seine Pflicht erfüllen und alles in betreff dieser Einführung einig sei werde. — Es wurde noch der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, ein sog. Bedeuten im gewissen Gelde, wie auch das Belegemachen, das solches untarifmäßig, vom 1. Januar ab zu verweigern. Die Kündigungszeit darf fernerhin 14 Tage nicht überschreiten. — Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die vollzählige besuchte Versammlung vom Vorsitzenden mit dem Wunsche geschlossen, daß die Einführung des neuen Tarifes glatt verlaufen und das Arbeitsverhältnis ein gegenseitig zufriedenstellendes sein möge.

Landau (Pfalz). Am 15. Dezember sprach hier in einer gut besuchten Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, zu der auch verschiedene Nichtmitglieder erschienen waren, unser verehrter Gauvorsteher Wenzel aus Ludwigshafen über die Ergebnisse der letzten Tarifverhandlungen bzw. Einführung des neuen Tarifes am 1. Januar 1902. In ausführlicher Weise behandelte Redner in einseitigstündiger, mit lebhaftem Beifalle ausgenommener, kerniger Ansprache das Thema, dabei die Vorteile hervorhebend, die für die Kollegen aus diesen Abmachungen entstehen, aber so vielfach verkannt würden. Es herrsche gegenwärtig eine Wärrung unter der Gehilfenschaft ähnlich der von 1896, und es sei sogar schon so weit gekommen, daß gegen die berufenen Vertreter unserer Interessen, die Gehilfenvertreter, die Anklage des Veralles an den Arbeiterinteressen erhoben wurde. Es sei dies die schwerste Anklage, die gegen Arbeitervertreter erhoben werden könne und müsse sie von den Gehilfenvertretern um so hitziger empfunden werden, als diese — dies sei seine feste Ueberzeugung — nach bestem Gewissen gehandelt hätten und es ihnen unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich gewesen sei, mehr zu erreichen. Er finde diese Anklage ganz und gar ungerechtfertigt und betrachte die neuen Abmachungen als ganz ansehnliche Ertrungenschaft. Wenn die Erwartungen nicht allzu hohe gewesen seien, könne von einer Enttäuschung nicht die Rede sein. Wer nicht anerkennen wolle, daß es eine Ertrungenschaft ist, in einer Zeit des größten wirtschaftlichen Niederganges ein derartiges Abkommen mit der Prinzipalität zu schließen, das eine materielle Besserstellung für die Gehilfenschaft bedeute, während in anderen Berufs Lohnkürzungen und Entlassungen an der Tagesordnung seien, wer dies nicht anerkennen wolle, der handle wider besseres Wissen. Bezüglich des Staffeltarifes sagte Redner, daß er kein Freund davon sei, doch unter Berücksichtigung der Verhältnisse wisse er sich auch diesem anzupassen, zumal dieser absolut keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung für viele Kollegen bedeute. Von großer Tragweite sei auch die Ausnahme der Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in den neuen Tarif und die Einführung paritätischer Arbeitsnachweise. Redner schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung festen Zusammenhaltens und richtete an die Nichtmitglieder das Ersuchen, sich in die Reihen des Verbandes aufnehmen zu lassen, damit auch ihnen die Vorteile des neuen Tarifes zu teil würden. (Es erfolgte eine Umelbung; weitere sind für nächste Zeit sicher in Aussicht gestellt.) In der sich anschließenden Diskussion wurden noch einige Anfragen gestellt, die Kollege Wenzel bereitwilligst in klarer Weise beantwortete. Der Vorsitzende stattete hierauf dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen den Dank der Versammlung ab, dem sich die Anwesenden durch Erheben von den Sigen anschloßen. Ein vom Kollegen Wenzel ausgebrachtes, lebhaft aufgenommenes Hoch auf den Verband bildete den Schluß der Versammlung.

-m- Leipzig. (Mitglieder-Versammlung vom 13. Dezember.) Im Berichte über die Tätigkeit des Vorstandes gab der stellvertretende Vorsitzende Schürer folgendes bekannt: Seit dem 15. November wurden 17 Kollegen in den Verein aufgenommen. Ausgetreten sind 5 Mitglieder, während 1 Seher, welcher zu untarifmäßigen Bedingungen in einer für Verbandsmitglieder geschlossenen Druckerei angefangen hatte, ausgeschlossen werden mußte. 2 Patienten wurden mit einer Geldstrafe belegt, während zwei mit einem Verweise davon kamen. Der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter bewilligte der Vorstand einen Jahresbeitrag von 50 Mk. Zum Vortrage war für den heutigen Abend der Recitator Herr Paul Knaaf-Dresden genommen. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in etwa zweistündiger Wiederergabe ernster und humoristischer Gedichte in tabelloser Weise und festelte die Anwesenden derartig, daß der Beifall am Schluß des Vortrages gar kein Ende nehmen wollte. Zum 3. Punkte der Tagesordnung „Die Einführung des revidierten Tarifes“ ergriff zunächst der Gehilfenvertreter Eichler das Wort, den Gehilfen in dieser Angelegenheit gewisse Verhaltensmaßregeln gebend. Ein Teil der Prinzipalität versucht nun aber, die tariflich festgelegten Bestimmungen zu negieren. Auch die sachlichsten Prinzipale haben am 8. Dezember Stellung zum abgeänderten Tarife genommen. Letztere stellten sich völlig auf den Boden der tariflichen Festsetzungen, verurteilten aber die staffelweise Erhöhung des gewissen Geldes bis mit 28,20 Mk., welche Kränkungen

... Abhängigen der älteren Gehilfen im Besolge haben
wider. Man will nun, um einen Ausgleich dieser Miß-
heftigkeiten herbeizuführen und um den über 28,20 Mk.
entlohnenden Gehältern auch etwas zukommen zu lassen,
die tariflich festgelegten Sätze umgehen und die Erhöhung des
gewissen Geldes in geringerer Maße vornehmen. Die
Prinzipale suchen die öffentliche Meinung für sich zu ge-
winnen, wollen aber das, was die Allgemeinheit und mit
ihm der Vertreter der sächsischen Prinzipale beschlossen
hat, nicht anerkennen. In einigen Offizinen sind aber
schon kleinere Lohnzulagen erfolgt, anscheinend, um die
betr. Kollegen über die Höchstgrenze zu bringen und am
1. Januar die tarifliche Erhöhung zu erproben. Die höher
entlohnenden Kollegen werden selbstverständlich eine ent-
sprechende Gehaltssteigerung fordern, da eben die Arbeits-
kraft teurer geworden ist und die Prinzipale ja auch die
Erhöhung der Druckpreise um 10 Proz. beschlossen haben.
Wir stehen auf dem Boden des Rechtes und dürfen uns auf
keinen Fall aus Glatteis führen lassen. Wie man hört,
wollen die Prinzipale die neuen Propositionen den Per-
sonalen vor Weihnachten bekannt geben. Es werden
daraus in der betr. Woche den Kollegen noch weitere Mit-
teilungen zugehen. Wir pochen auf unser tarifliches
Recht und werden das Beschlossene zum Gesetz erheben.
(Stürmischer Beifall.) Aus der sich nun anschließenden,
sehr lebhaften Debatte ging deutlich hervor, daß man
unter keinen Umständen geneigt sei, sich von dem wenigen,
was uns in Berlin zugesprochen, auch noch etwas kürzen
zu lassen. Es wurde betont, daß in letzter Zeit jedes
Gesuch um Lohnsteigerung in Rücksicht auf die Tarif-
revision zurückgewiesen wurde und nun wolle man das
Beschlossene nicht einmal zahlen. Der Vorsitzende forderte
auf, etwa zweifelhafte Zulagen vor dem 1. Januar nur
unter Vorbehalt anzunehmen und jedes Vorkommnis auf
tariflichem Gebiete sofort zu melden. Die Extra-Kollegen-
stützung für konditionlose und durchreisende Kollegen
zum Weihnachtsfeste wurde im ähnlichen Sinne wie im
Vorjahre bewilligt und hierauf die zahlreich besuchte Ver-
sammlung geschlossen.

Magdeburg. Die günstige Entwicklung in un-
ser Berufsverhältnissen, über welche von hier aus die
Erfahrung von Zeit zu Zeit unterrichtet wurde, hat
ihre Rückwirkung auf den geselligen kollegialen Ver-
kehr ausgeübt. Als Träger und Förderer des geselligen
Lebens nimmt der hiesige Graphische Gesangverein
seitig einen hervorragenden Platz ein, da derselbe eifrig
tätig ist, seine unter Leitung des Herrn Kapellmeisters
H. Fischer erworbene Leistungsfähigkeit ganz in den
Dienst des Ortsvereins zu stellen. Seit Jahr und Tag
hat derselbe in seinen Veranstaltungen wirkliche musi-
kale Genüsse und namentlich erfreuen sich seine Mit-
glieder der größten Sympathie nicht allein der
Kollegenchaft, sondern auch weiterer Kreise. Ein Auf-
gebot gerade dieser Veranstaltungen, welche sich immer
mehr zu einem Stellbildein der zum Weihnachtsfeste in
Magdeburg beschauweise weilenden Mitglieder heraus-
gebildet haben, würde gewiß das größte Bedauern hervor-
rufen. Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß
auch aus heuer wieder eine Matinee stattfindet und daß
das mittlerweile bekannt gewordene Programm bietet soviel
des Schönen und Interessanten, daß der Graphische Ge-
sangverein sicher auf ein volles Haus rechnen kann, was
ihm in Anbetracht der erworbenen Verdienste auch nur
zu wünschen und zu gönnen ist.

Memel. Der 8. Dezember war für unsern Orts-
verein ein Tag von großer Bedeutung, denn von Seiten
des Gewerbestandes in Königsberg war der Besuch zweier
Vorstandsmitglieder, des Gewerbestellers Ginius und des
Reisefassungsverwalters Koehler angemeldet worden. Eine
größere Anzahl Kollegen hatte sich morgens am Bahn-
hofe eingefunden, welche sich, nach der ersten Begrüßung
der Gäste, nach dem Schützenhause begaben, um einen
kleinen Frühstückstisch zu sich zu nehmen. Auf 11^{1/2} vor-
mittags war eine außerordentliche Versammlung abbe-
raumt, zu welcher sämtliche Mitglieder erschienen waren
mit Ausnahme eines einzigen Kollegen, welcher trotz der
Wichtigkeit der Tagesordnung: „Der neue Tarif und
seine Einführung“, es vorgezogen hatte, durch Abwesenheit
zu glänzen. Die Versammlung wurde an Stelle des
durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden durch den Kas-
sierer Drews eröffnet. Derselbe hieß die Gäste zunächst
herzlich willkommen und erteilte dem Gewerbesteller
Ginius das Wort zu einem Referate über den neuen
Tarif. Kollege Ginius leitete seinen Vortrag mit der
Bemerkung ein, daß der neue Tarif wohl allen Mitglie-
dern durch die Lektüre des Corr. bekannt sein dürfte und
er daher nur die wichtigsten Hauptpositionen kurz be-
leuchten würde. Zunächst wurde das Gebahren des Guten-
berg-Bundes, welcher zwar auch bei den Tarifverhand-
lungen vertreten gewesen sei und der sich auch auf den
Boden der Tarifreue stellen will, bei Lohnbewegungen
des Verbandes und anderen Anlässen sich aber recht merkwürdige
Ertragsabgaben leistete, an verschiedenen Beispielen
recht drastisch gekennzeichnet. Allgemeine Weiterkeit erregte
die Schilderung der Thaten des Herrn Dreuside. Wenn
der Tarif, führte der Vortragende weiter aus, auch man-
chen nicht das gebracht hätte, was sie gewünscht und er-
hofft, so sei das Erreichte in Anbetracht der gegenwärtigen
allgemeinen Geschäftsflaute doch als ein großer Fortschritt
zu betrachten. Sehr zu bedauern wäre es, wenn einzelne
Mitglieder und Mitgliedschaften bei der Stellungnahme
zum neuen Tarife den Rahmen der sachlichen Erörterung
überschritten hätten und sich zu heftigen und ver-
dächtigenden Neußerungen der leitenden Personen

des Verbandes, insbesondere gegen den Redakteur des
Corr., der seine ganze Kraft für das Zustandekommen des
Tarifes eingesetzt, haben hineinzuwerfen. Redner ging
dann zu einer Besprechung des Staffeltarifes, der Lehr-
lingskafala, der Kündigungsfristen, des Fortfalles der
Maschinenmeisterlaufel, Arbeitsnachweis, Segnmachinen-
tarif, der Lokalschläge usw. über und machte Vorschläge
über den Zeitpunkt und die Art und Weise des Vorgehens
zur Einführung des Erreichten. Mit dem Wunsche, daß
alles einen befriedigenden Verlauf nehmen möchte, schloß
Kollege Ginius seinen ebenso interessanten wie lehrreichen
Vortrag. Zur Diskussion meldete sich niemand zum
Worte und wurde folgende Resolution einstimmig ange-
nommen: Die heutige von fast sämtlichen Mitgliedern
des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Mitgliedschaft
Memel) besuchte außerordentliche Versammlung erklärt
sich mit dem neuen Tarife einverstanden und verspricht,
auch hier in Memel nichts unversucht zu lassen, dem-
selben volle und ganze Anerkennung zu verschaffen. —
Die Versammlung nahm den Vorschlag des Gewerbestellers
in betreff des Zeitpunktes und der Art des Vorgehens
an und wählte eine diergliedrige Kommission, welche die
notigen Schritte ausführen wird. Sodann ergriff Kollege
Koehler das Wort und erklärte die Zusammenziehung und
die Funktionen der neu errichteten Kreis-Kommission,
wobei er insbesondere über die Verhandlungen in der un-
längst in Breslau zum Zwecke der Regelung der Lokals-
zuschläge abgehaltenen Sitzung des dortigen Kreis-Amtes
ziemlich ausführlich referierte. Der den Vorsitz führende
Kollege Drews dankte hierauf den beiden geehrten Gästen
im Namen des Memeler Ortsvereins auf das herzlichste
für ihre freundlichen Bemühungen und schloß mit einem
begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch auf unsern
Schirm und Fort in allen Lebenslagen, den Verband der
Deutschen Buchdrucker, die so anregend verlaufene Ver-
sammlung. — Da unsere Gäste bereits mit dem 3 Uhr-
Nachmittagszuge unsere Stadt wieder verlassen mußten, so
blieb nur eine kurze Spanne Zeit übrig, welche in kolle-
gialischer Gemütslichkeit beim Glase Bier und dem Singen
einiger Lieder, welche vom Kollegen Schwantz recht wirk-
ungsvoll auf der Höhe begleitet wurden, leider nur zu
rasch verstrich. Als die Zeit zum Aufbruch gekommen
war, dankte Kollege Ginius für die ihm und seinem
Kollegen zu teil gewordene Aufnahme und brachte ein
Hoch auf den Ortsverein Memel aus. Fast sämtliche
Mitglieder gaben den Gästen das Geleit zum Bahnhofe,
wo man sich mit dem Wunsche auf frohes Wiedersehen
trennte. Es sei auch an dieser Stelle den verehrten Gästen
für ihre Bemühungen nochmals der herzlichste Dank der
Memeler Kollegen zum Ausdruck gebracht. — Da man
nun schon einmal bei einander war, kehrte man noch-
mals nach dem Schützenhause zurück, wo ein Fäßchen
Bier aufgelegt und bei fröhlichen Gesängen noch einige
vergünstigte Stunden verlebte wurden.

G. Plauen i. B. Am 10. Dezember fand im hiesigen
Vereinslokale Eiferthal eine von etwa 100 Kollegen,
darunter fast sämtliche hiesige Gutenberg-Bündler und
eine Anzahl Nichtmitglieder, besuchte Allgemeine Buch-
drucker-Versammlung statt. Zweck derselben war, sich
über die Schritte schlüssig zu werden, welche zur Ein-
führung des neuen Tarifes nötig erscheinen. Der Vor-
sitzende sprach in einer längeren Ausführung über die
wichtigsten Positionen des neuen Tarifes, den Lokals-
schlag für Plauen und die Höhe der vom 1. Januar
geltenden Löhne der drei Altersklassen für zum Minimum,
darüber und über 24 Mk. entlohnenden Gehältern. Auch
gab Redner eine Darstellung der zu erachtenden paritätischen
Arbeitsnachweise. Ueber diesen Punkt entspann
sich eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf die Versamm-
lung einen Antrag einstimmig annahm, dahingehend, der
Vorsitzende möge die nötigen Schritte zur Erlangung
eines paritätischen Arbeitsnachweises für Plauen beim
Gehilfenkreisvertreter einleiten. — Sodann schritt man
bestimmungsweise zur Wahl der Kommissionen, denen es ob-
liegt, bei den Prinzipalen betreffs Anerkennung des neuen
Tarifes vorstellig zu werden. Für die größeren Druckereien
wurden in diese Kommissionen je drei Kollegen, für
die kleineren Druckereien zwei Kollegen gewählt. Zum
Schlusse sagte die Versammlung noch einstimmig eine
Resolution des Inhalts, für die Einführung des neuen
Tarifes in allen seinen Positionen voll und ganz ein-
zutreten.

Rundschau.

Der Verband der Graveure und Eiseleure wandte sich
an die Reichsdruckerei mit dem Gesuche, dem Anzuge
zu steuern, daß Graveure nach Schluß der Arbeitszeit
für Privatgeschäfte arbeiten und dadurch ihre Kollegen
schädigen. Die Direktion lehnte es ab, ihren Arbeitern
in Bezug auf die Ausnutzung der freien Zeit über die
Arbeitsordnung hinausgehende Verpflichtungen aufzuerlegen.
— Wenn dieses Verfahren auch in jeder anderen Beziehung
eingehalten wird, so ist dieser Entschluß nur zu billigen.
Der Gründer und älteste Chef des Verlags- und Druck-
hauses Rud. Oldenbourg in München, Herr Rud. Olden-
bourg sen., ein geborener Leipziger, feierte am 15. Dezember
seinen neunzigsten Geburtstag. Die Buchhandlung
besteht seit 1855, die Buchdruckerei seit 1874.
Am 17. Dezember fand in Wien die Schlussberatung
über den Segnmachinentarif (s. Nr. 141 des Corr.)
statt. Die beiden Differenzpunkte, das Berechnen an der
Maschine und das Internen von Lehtlingen, wurden von
den Prinzipalen fallen gelassen. Dagegen machten die Gehilfen

die Konzeption, daß bei der Entlohnung des Fernenden der
Aufschlag auf das Minimum von 15 auf 10 Proz. er-
mäßigt wird. Ferner wurde dem dritten Alinea in
§ 47 zu gunsten der slavischen Kronländer folgende
Fassung gegeben: Bei deutschem Antiqua- und Cur-
siv-Druck ermäßigen sich obige Ansätze um 3 Proz. — Der
Tarif tritt am 30. Dezember in Kraft.

Der Schriftsteller Rich. Kurz aus Berlin sammelte
für eine Buchhandlung in Herbst Abonnenten auf ein
Lieferungs- und schloß bei dieser Gelegenheit Bestell-
zettel, um die zugesprochene Provision einzuhelfen. Die
Strafkammer in Dessau verurteilte denselben unter Ein-
rechnung eines Guthabens in Wolfstein, wo er wegen
eines gleichen Manders verurteilt worden war, zu sechs
Monaten Gefängnis wegen Urkundenfälschung und Betrugs.

Ein angehlicher Schriftsteller namens Schneiderei
aus Berlin gab in Schweidnitz Gastvorstellungen als
„Wunderdoktor“. Nachdem er an verschiedenen Orten
Messungen des Kopfes vorgenommen, um das „Ver-
standesvermögen“ festzustellen, und ihnen gegen Aus-
händigung eines Rezeptes 1,50 Mk. abgeknöpft, kam er
an einen Kriminalbeamten in Zivill, der die Manipula-
tionen des Heilkünstlers so interessant fand, daß er diesen
mit nach dem Bureaunahm, um dort die neue Heil-
methode einer näheren Prüfung zu unterziehen.

Preffe. Von der im Verlage der Buchhandlung
Borwärts in Berlin unter dem Titel Arbeitslos er-
schienenen Weihnachtszeitung wurden etwa 30000
Exemplare konfisziert, auch die Platten mitgenommen.
Auch in anderen Orten erfolgte die Beschlagnahme der
eingetroffenen Exemplare. Die Staatsanwaltschaft will
barin Aufrechter gefunden haben. — Eine Polemik
zwischen Amtsblatt und Nachrichten in Auerbach hatte
ihren vorläufigen Abschluß durch Verurteilung des Re-
dakteurs der letzteren zu 50 Mk. Die Nordd. Volks-
stimme wurde in Gießen in die wegen Beleidigung der
dortigen Polizei zu 200 Mk. verurteilt.

Eine Postkarte, deren Rückseite mit einer Photo-
graphie bedruckt ist, die bis auf einen winzigen Rand
den ganzen Raum einnimmt, ist keine Postkarte, kein
Mittel des Verkehrs, und wenn die benutzte Photographie
geschickt ist, so macht sich der Hersteller des Nachdruckes
schuldig und muß sich gefallen lassen, daß seine Karten
mindestens der Beschlagnahme verfallen. So entschied in
einem Prozesse der Firma Höpfer in Dresden gegen die
Firma Bayerle in München das Landgericht in Bayreuth
und nach ihm das Reichsgericht.

Ein Architekt in Breslau, dem es nicht gelang, auf
einen grünen Zweig zu kommen, machte folgendes Ma-
növer, um von sich reden zu machen. Er ging zu dem
Besitzer des Stieblerischen Kaufhauses daselbst und bat sich
die Grundriß- und Baugzeichnungen des im Pariser Bagar-
ville hergestellten Gebäudes auf kurze Zeit aus — „zum
Zwecke einer wirksamen Reklame für das Geschäft“. Bald
darauf erschien in der Baugewerks-Zeitung eine genaue
Beschreibung des Kaufhauses mit der Ueberschrift:
„Stiebler's Kaufhaus in Breslau. Architekt: Louis Mar-
tine“ (so hieß der Spetulant und Verfasser des Artikels).
Die Sache war also von dem Herrn M. ganz gut aus-
gedacht, aber er hatte mit dem wirklichen Erbauer des
Hauses nicht gerechnet. Dieser klagte wegen Nachdruckes
der dem bewußten Artikel beigegebenen Baugzeichnungen
und so wurde denn nun der Pseudo-Erbauer zu 300 Mk.
Geldstrafe verurteilt.

Der „Schriftsteller“ Artur Eugen Simson veröffent-
lichte in der Rhein-Neckar-Zeitung einen „Original-
roman“ unter seinem Namen, der wörtlich abgeschrie-
ben war. Die Verfasserin desselben wandte sich
beschwerdeführend an den Pseudo-Verfasser und erhielt
von demselben ein längeres Schreiben, in dem er zur
Entschuldigung anführte, daß er erlich belastet und
nerventrank sei und deshalb geglaubt habe, der Roman
sei von ihm geschrieben. Der merkwürdige Brief, der nicht
einmal orthographisch und im Satzbau richtig ist, schloß
mit folgenden Worten: „Bitte recht sehr, Rücksicht auf
mich zu nehmen und mich nicht unglücklich zu machen, da
ja ein jeder Mensch aus Versehen einen Fehler begehen
kann. Es liegt das an meiner Gedächtnisschwäche, da ich
sehr an solcher leide.“

Das Finanzministerium in Baden ist nach geplo-
genen Erhebungen über die Umsatzsteuer für Waren-
händler und Bergandgeschäfte zu der Ansicht gelangt, daß
für eine solche staatliche Sonderbesteuerung kein ausreichen-
der Grund vorliege, jedoch sei in Erwägung zu ziehen,
ob sich eine solche durch die Gemeinden empfehle. — Eine
Interpellation in der badischen Kammer, die Arbeits-
losigkeit betreffend, beantwortete der Minister des Innern
dahin, daß von einem Rotstande nicht gesprochen
werden könne, da eine ganze Reihe großer Industrien
voll beschäftigt sei. Er glaube, daß es nicht Aufgabe
eines Einzelstaates sein könne, in der Richtung einer Ver-
sicherung gegen Arbeitslosigkeit vorzugehen. Bis zur
rechtsrechtlichen Regelung dieser Angelegenheit seien die
Arbeiter auf ihre eignen, insbesondere die gewerkschaft-
lichen Organisationen angewiesen. (Das letztere trifft ja
zu, aber man sollte auch darauf hinwirken, daß diese Or-
ganisationen nicht durch allerlei kleinliche Mittel verhin-
dert werden, eine ersprießliche Tätigkeit zu entfalten.)
Bei dieser Gelegenheit verzapfte ein nationalliberaler Fa-
brrikant aus Forstheim die alte Weisheit, die Arbeiter
möchten in guten Zeiten sparen. Wenn nun dieser Herr
ferner von der Stucht nach leichtem, mühselosem Gewinne
und nach üppigen Lebenswandel sprach, so verwechselte
er wohl die Arbeiter mit gewissen anderen Leuten!

Auch in Leipzig beschäftigt sich Rat und Stadtverordnete mit der Arbeitslosigkeit. Viel ist dabei nicht herausgekommen. Das Vorhandensein einer solchen erkannte man gnädig an, auch die bedingte Verpflichtung der Stadt, zur Milderung des Notstandes beizutragen, kam aber über das bekannte Mittel, möglichst Förderung aller in Ausführung begriffenen städtischen Arbeiten, nicht hinaus, nur die Bezahlung der Notstandsarbeiten nach städtischen Lohnsätzen gestand man zu, dagegen wurde die Verkürzung der Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben „aus Konkurrenzrücksichten“ abgelehnt, ganz besonders aber die event. Unterstützung der Arbeitslosen mit Geldmitteln. Einer der Stadtverordneten (Antifemist) wollte die ausländischen Arbeiter ausgewiesen haben, fand aber für diesen „Schlauen“ Plan keine Anhänger. Die Zahl der Arbeitslosen in Leipzig wird auf 15000 geschätzt. — Einen ähnlichen Ausgang hatte eine Interpellation in der gleichen Angelegenheit im Berliner Stadtverordnetenkollegium.

Der Oberbürgermeister von Halle a. S. hatte sich gelegentlich der Konferenz, die vom Oberpräsidenten einberufen worden war, in Sachen der Arbeitslosigkeit Äußerungen erlaubt, die nichts weniger als parlamentarisch waren und wurde natürlich von der dortigen sozialdemokratischen Presse dieserhalb heftig angegriffen. In einer Stadtverordnetenversammlung, in welcher es sich um Maßnahmen gegen den augenblicklichen Notstand handelte, hat nun der Herr Oberbürgermeister seinem Großen in einer Weise Luft gemacht, die jedwede Objektivität der Einwohnerchaft gegenüber vermischen läßt. Was soll es z. B. heißen, wenn der Genannte sagt, er werde die Bekämpfung der Sozialdemokratie „in den Vordergrund“ seiner Tätigkeit stellen, und wenn er gegen den Redakteur Adolf Thiele sich in persönlichen Ausfällen ergeht und dessen Phrase im Volksblatt „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ einfach zurückgibt mit der Versicherung, daß auch er diese Phrase im Kampfe gegen die Sozialdemokratie beobachten werde. Redakteur Thiele ist als Stadtverordneter gewählt. Seine Wahl wurde zwar aus rein formellen Gründen als ungültig erklärt, dürfte aber wiederholt erfolgen. Die Ausfälle des Oberbürgermeisters legen dieser Wahl eine Bedeutung bei, die sie unferes Erachtens nicht hat und nicht haben kann. Jedenfalls hat der erste Beamte einer Stadt die Verpflichtung, über den Parteien zu stehen.

Der Verband der deutschen Hanjspinneereien und Bindfadens-Fabriken beschloß eine Betriebseinschränkung bis zu 15 Proz.

Auf dem schlesischen Baugewerkstage, der in Breslau abgehalten wurde, konnte man seitens des Referenten gelegentlich der Kritik des Deutschen Arbeitgeberbundes des Baugewerbes teilweise recht vernünftige Ansichten über das Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeitern hören. Der Redner, Ratismannvermeister Simon, behauptete, daß der erwähnte Bund über diese Frage gewissermaßen zur Tagesordnung übergegangen, es den einzelnen Verbänden überlassend, nach Gutdünken zu handeln, und trat für Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen ein, soweit diese eine gewisse Macht repräsentieren. Das könne aber nicht durch die befristet bzw. unumendeten Innungen, sondern nur in freien Verbänden geschehen. Die Innungen haben sich nach seiner Meinung auf die Fürsorge zu beschränken, einen tüchtigen Nachwuchs im Handwerk heranzubilden, nur in dieser Beschränkung würden sie etwas Ordentliches erreichen können. Redner warnte ferner vor Kürzung des Lohnes, denn damit sinke prozentual auch der Unternehmergewinn. Das sind im wesentlichen die Ausführungen des Referenten, daneben ließ er freilich auch manche Äußerungen fallen, die zum Teile den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen, insofern ist damit nicht zu rechnen, die Hauptsache bleibt die sich immer mehr Bahn brechende Einsicht, daß auch für die Unternehmer nicht der Streit, sondern die Verständigung mit den Arbeitern von Vorteil ist.

In der Schweiz ist ein Unternehmer-Verband in Bildung begriffen, der wie es scheint eine Art Scharfmachervereinigung nach deutschem Muster werden soll.

In New York ist ein Komitee zusammengetreten, welches eine Art Verbrüderung zwischen Kapital und Arbeit herbeiführen will. Je zwölf Vertreter der organisierten Arbeiter, der bedeutenderen Kapitalisten-Vereinigungen und der unabhängigen Bürgerschaft gehören demselben an. Zunächst gebent man die Streiks und Ausscherrungen aus der Welt zu schaffen. In Amerika packt man alles im Großen an und entwirft einen kühnen Plan über den andern, damit ist aber nicht gesagt, daß diese Pläne auch gelingen, daher pflegt man derlei Notizen die übliche Spitzmarke „Amerikanisches“ vorzusetzen.

Die Strafkammer in Gießen verurteilte den Verleger und Redakteur des Vogelberger Boten und des Biersteiner Anzeigers zu drei Jahren neun Monaten Gefängnis wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Untreue. Der städtische Steuerheber in Golsen (Kreis Ludau) hat seit Jahren sich fortgesetzter Unterschlagungen schuldig gemacht. Der Strafe entzog er sich durch Selbstmord. Der Verleger des Generalanzeigers in Mannheim, Quillerat-Gajser, der in der besten Verfassung, namentlich in Theaterkreisen eine Rolle spielte, sich gegen die Sittlichkeitsparagrafen vergangener Er hat es vorgezogen, der Feststellung dieser sich durch die Flucht zu entziehen.

Die größte Redefreiheit genießt augenblicklich im Reiche der „preuß. Rittergutsbesitzer“ Graf Der Mann mag sagen was er will — er

geht stets frei aus. In einem neuerlichen Prozesse, der infolge Rückverweisung seitens des Reichsgerichtes zum zweiten Male verhandelt wurde, wurde ebenfalls auf Freisprechung erkannt: Der Angeklagte sei nicht wörtlich zu nehmen! An sich wäre gegen dieses Urteil nichts einzuwenden, wenn der angegebene Grund allgemein Anwendung fände. Zahlreiche Beispiele beweisen aber das Gegenteil.

Als „arger Sünder“ erschien in Dresden ein Dürbler vor Gericht. Neben § 153 der G.-O. wurden noch vier Paragraphen des Strafgesetzbuches gegen ihn ins Feld geführt und zwölf Zeugen waren geladen. Aber von dem allem blieb nur eine Körperverletzung haften, wegen der auf sechs Tage Gefängnis erkannt wurde, die durch die Unterjuchungshaft als verbüßt galten.

Ein Tabakspinner in Nordhausen hat während des Tabakarbeiterstreiks daselbst sich mit einem Arbeitswilligen ein- und den Mangel an „Vorlicht“ solchen Leuten gegenüber außer acht gelassen. Dies hat er nun mit vier Wochen Gefängnis zu büßen.

Lohnbewegung. Die Bauarbeiter in Ahrensberg (Medl.) fordern Erhöhung des Lohnes von 45 auf 50 Pf. und Kürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Die Petroleumkutscher in Hamburg haben mit den sie beschäftigenden Firmen einen Arbeitsvertrag auf Jahresfrist abgeschlossen, der auf ein weiteres Jahr Gültigkeit behält, wenn er nicht in der vereinbarten Frist gekündigt wird. Mit Ende d. J. kauft der im Steinfestergewerbe in Leipzig im Jahre 1900 nach zwölfmönchigem Streik vereinbarte Arbeitsvertrag ab. Die von den Arbeitern beantragte fernerweitete Festlegung eines Arbeitsvertrages vor dem Gewerbegericht wurde von den Meistern abgelehnt. Letztere wollten jedenfalls bei Festlegung der Lohnbedingungen freie Hand behalten. — In Prag legten die Tapezierer der Möbelfabrik von S. Röhrs wegen Lohnkürzung die Arbeit nieder.

Einzüge.

Magdeburgs Guten bergfeiern anno 1900/1901. Eine Denkschrift im Auftrage des Festausschusses nach dem vorliegenden Materiale und Selbsterlebtem verfaßt von Albert Eisert. Selbstverlag des Festausschusses zur Gutenbergfeier. — Magdeburg gehörte beinahe zu denjenigen fünf Orten, in denen nach Mainz die ersten Kunststätten errichtet wurden, es hatte also die begründete Veranlassung, dem von Mainz aus ergangenen Rufe, unferm Altmeister an seinem 500. Geburtstag ganz besonders zu ehren, zu folgen. Und das geschah denn auch, wie wir i. Z. berichtet haben. Die Feier dehnte sich auf zwei Jahre aus. Während im Jahre 1900 die eigentliche Festfeier, verbunden mit der Grundlegung zu einem Denkmale stattfand, fand die Enthüllung des letztern im Juni 1901 statt. Die erste Anregung zu der lokalen Feier ging zwar (1898) von den Prinzpalen aus, insofern wollte es infolge von „Jannungsschmerzen“, von welchen dieselben damals geplagt waren, zu keinem rechten Anfang kommen, was die Gehilfen veranlaßte, ihrerseits die Initiative zu ergreifen. Ein Zirkular, unterzeichnet von unserm ständigen Mitarbeiter Willy Krahl, lud für den 25. März zu einer allgemeinen Buchdruckerverammlung ein, welche ein vorläufiges Programm feststellte: Die Prinzipale, anfangs etwas verächnpft über dieses einseitige Vorgehen der Gehilfen, mußten zugestehen, daß die Zeit dränge, sie erklärten halb darauf unter Führung des Herrn Frieze (Hofbuchdrucker) ihren Anschluß und nun begannen die gemeinschaftlichen Beratungen, welche zu dem glänzenden Verlauf der Feier führten. Den Hauptanteil an diesem Erfolge hat unzweifelhaft das Handinhandarbeiten von Prinzpalen und Gehilfen, das auch durch das inmitten der Verhandlungen erfolgte Abschwenken der Zaberischen Buchdruckerei die ja überhaupt seit 1873 eine Sonderstellung eingenommen, nur vorübergehend gestrichelt werden konnte. — Der Verfasser der Denkschrift (Redakteur des General-Anzeigers) hat nun alle diese Verhandlungen wie die Feierlichkeiten selbst in der ausführlichsten Weise geschildert und damit den Teilhabern ein Werk geschaffen, das sie in die Möglichkeit versetzt, nicht nur die Festtage selbst noch einmal zu durchleben, sondern auch Kenntnis davon zu nehmen, welche außerordentliche Mühe und Arbeit dazu gehört, eine solche Feier zu stande zu bringen. Das Buch bringt neben der namentlichen Ausführung aller Mitwirkenden auch die finanzielle Überwachung, aus welcher zu ersehen, daß mit verhältnismäßig wenig Kosten etwas Großartiges zu stande kommen kann, wenn mit vereinten Kräften gearbeitet wird. Mehrere Bildertafeln und Notenbeilagen erhöhen den Wert der Denkschrift, die von den Herren Karl Frieze (Druck), G. Baensch jr. (Gichtdruck), A. Wohlfeld (geschnadrucker Umschlag), Georg Schaefer (Einband) und Ferd. Hünich-Leipzig (Papier) gestiftet und allen Teilnehmern und Förderern als sinuige Weisheitsgabe übermietet wurde.

Das neueste (8.) Heft der Modernen Kunst ist in erster Linie Spanien gewidmet, worauf schon der von Ewald Tziel entworfene originelle helle Umschlag hindeutet, dem der genannte Künstler einen fesselnden Artikel über spanische Tierkämpfe folgen läßt; auch zwei große Runddruckbilder gehören hierher. Die dem Heft beigegebenen Meisterholzschnitte sind wie immer erstklassige Leistungen und die Kubrik „Zit-Zad“ bietet eine Fülle von Stoff aus dem Gebiete des Theaters, der bildenden Kunst, des Sports usw. Preis 60 Pf.

Briefkasten.

L. M. in Landsbut: Angestellte Umfragen nach genannten Marken blieben leider erfolglos. Gruß. — G. F.

in Lüneburg: Sie sehen aber die Dinge sehr schwarz an; es kann doch keinem Menschen in den Sinn kommen, die reisenden Kollegen zukünftig von jeder Arbeitsgelegenheit auszuschließen. Die paritätischen Nachweise werden auch nach dieser Richtung gerecht zu verfahren haben. — N. B. in Rixdorf: 4,20 Mk. — W. in Lubwigsbafen: 3,75 Mk. — B. Z. in Remscheid: Petr. Firma beschäftigt schon seit längerer Zeit wieder Mitglieder und war immer tariftreu — die Differenzen seiner Zeit lagen auf einem andern Gebiete — weshalb wohl Bedenken in dieser Richtung heute nicht mehr vorliegen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Durchführung des vom 1. Januar 1902 gültigen Tarifes werden vom heutigen Tage ab bis auf Widerruf sämtliche Grenzzahlstellen für aus dem Auslande zureisende Mitglieder gesperrt.

Berlin. Hauptverwaltung.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei Konditionsangeboten sowohl innerhalb Deutschlands wie auch namentlich nach dem Auslande es dringend notwendig erscheint, sich unter allen Umständen der üblichen tarifmäßigen Bezahlung zu versichern und in Zweifelsfällen erst Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einzuziehen, um sich vor Nachteilen zu schützen. Nach gegenwertigen Verbänden sind diesbezügliche Anfragen zu richten

für Oesterreich: an Franz Reismüller, Wien VII/1, Mariahilfergasse 76,

für die Schweiz: an E. Pfister in Bern, Fricbad 41,

für die romanische Schweiz: an die Stellenvermittlung, Mar. Corba, Chales du Rib, Chemin Zurigoz, Lausanne,

für Elsaß-Lothringen: an Alphons Schmolz in Straßburg im Elsaß, Brunnengäßchen 5.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Hensburg. Ortsvorstand für 1902: J. Chr. Heismann, Angelburgerstr. 44, Vorsitzender; N. L. Lassen, Vorderstraße 71, Kassierer; Bernhard Wiggert, Schriftführer; P. E. Kabaner und Robert Meyer, Bibliothekare; Gotthold Knauer und J. S. Schmidt, Revisoren.

Dunzlau. Der Vorstand der hiesigen Mitgliedschaft besteht für das Jahr 1902 aus folgenden Kollegen: Alb. Schuber, Oberstraße 3, II, Vertrauensmann; Alfred Blümel, Kassierer; Rudolf Striedecke, Schriftführer; Adolf Leising, Bibliothekar.

Darmstadt. Die verehrlichen Reisesassistenten werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Sezer Béla Szauter aus Budapest die Hauptbuch-Nr. 1478 in das Verbandsbuch einzutragen.

Mainz. Die Druckerei Seeger in Würzburg ist für Verbandsmitglieder geschlossen. Nähere Erkundigungen sind beim Bezirksvorstehenden Heinr. Crk, Leinbzigstr. 15, einzuziehen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Asten i. B. der Drucker Max Morche, geb. in Halle a. S. 1877, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — In Litgen dort und der Drucker Emil Schmidt, geb. in Frankfurt a. M. 1880, ausgl. in Remscheid 1898; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Becker in Dortmund, Westenhellweg 120.

In Altcarbe der Drucker Paul Köbel, geb. in Großenhain 1882, ausgl. in Kottbus 1899; war noch nicht Mitglied. — In Fürstenuwalde a. Spr. der Sezer Ernst Schwitthal, geb. in Winzig 1881, ausgl. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Landsberg a. W. der Sezer Wilhelm Baum, geb. in Denny 1882, ausgl. in Fürstenuwalde 1901; war noch nicht Mitglied. — In Guben die Sezer 1. Emil Groll, geb. in Guben 1883, ausgl. das. 1901; 2. Fritz Finke, geb. in Guben 1883, ausgl. das. 1901; die Drucker 3. Max Noack, geb. in Guben 1883, ausgl. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder; 4. Max Scholz, geb. in Frankfurt a. O. 1873, ausgl. das. 1891; war schon Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Croßenerstraße 27c.

In Bielefeld die Sezer 1. Emil Wiegel, geb. in Sangerhausen 1878, ausgl. das. 1897; 2. Wilh. Wohlers, geb. in Sulingen 1877, ausgl. in Nassum 1896; 3. Franz Grube, geb. in Erwitte 1880, ausgl. in Lippstadt 1898; waren noch nicht Mitglieder. — In Lübbecke der Sezer Fritz Meyer, geb. in Minden 1880, ausgl. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — In Halle der Sezer Gust. Menge, geb. in Berlin 1883, ausgl. in Hildesbach 1901; war noch nicht Mitglied. — In Lemgo der Sezer Ernst Schröder, geb. in Elbringen 1884, ausgl. in Lemgo 1901; war noch nicht Mitglied. — In Dissen der Sezer Heinr. Kohn, geb. in Bedtha 1879, ausgl. das. 1897; war schon Mitglied. — Otto Mirow in Bielefeld, Hermannstraße 61.

